

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Prügelszene im Landtag

Papen redet weiter

Hitler bei Hugenberg

Krach bei Nazis

Heiraten verboten

Krise über Schlesien

Praxis der Rationalisierung

Breslauer Bauarbeiterstreik erfolgreich

## Nazis für Arbeitsklaverei!

NSDAP fordert Arbeitsdienstpflicht — Ihr Antrag wird abgelehnt, aber unser Kampf gegen jede Art des Arbeitsdienstes muß weitergehen

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hatte sich gestern mit einem nationalsozialistischen Antrage zu beschäftigen, der die

sofortige Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht forderte. Dieser Antrag ist ein neuer Beweis für die wahre Gesinnung und die Ziele der NSDAP. Im letzten Reichstagswahlkampf brachte die nationalsozialistische Propaganda Plakate und Flugblätter mit den Parolen „Gegen Arbeitsklaverei — für den 8-Stundentag — gegen Lohn- und Gehaltsdrückerei — für das Tarifrecht“. Mit solchen Parolen suchte man proletarische Wähler einzulangen. Tatsächlich aber kämpft die von der Schwerindustrie finanzierte NSDAP für die Arbeitsdienstpflicht, also für die vollkommenste Verwirklichung der Arbeitsklaverei und der Lohn- und Gehaltsdrückerei.

Der nationalsozialistische „Antrag“ ist gestern im sozialpolitischen Ausschuss abgelehnt worden. Diese Ablehnung erfolgte, weil im Augenblick die finanziellen Mittel für die Verwirklichung der Arbeitsdienstpflicht nicht vorhanden sind. Außerdem sagen sich die bürgerlichen Parteien, daß der sogenannte freiwillige Arbeitsdienst durchaus geeignet ist, organisch und zwar in recht schnellem Tempo immer größere Massen der Jugend im Sinne des Arbeitsdienstes zu erfassen.

Die Tatsache, daß der nationalsozialistische Antrag abgelehnt wurde, darf daher auf keinen Fall über den Ernst der Situation hinwegtäuschen, und ebensowenig darf sich die Arbeiterschaft von den beruhigenden Worten des Arbeitsministers einschleifen lassen. Diese Rede Syrups steht in krassm Widerspruch zu all den Erfahrungen, die man mit dem Arbeitsdienst gemacht hat. Die Arbeiterschaft muß daher trotz dieser Rede und trotz dieses Ausschusseschlusses weiterhin alle Kräfte zum Kampf gegen „freiwilligen“ Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht mobil machen!

Berlin, 17. Januar.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Brauns (Ztr.), wieder zusammen, um die

Fragen des Arbeitsdienstes zu beraten.

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup leitete die Beratungen mit einem Bericht über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiet des freiwilligen Arbeitsdienstes ein. Er wies darauf hin, daß wir rund eine Million männliche und 400 000 weibliche Arbeitslose unter 25 Jahren haben. Im Oktober 1931 habe man rund 300 Arbeitsdienstwillige gezählt. Am 1. Januar 1932 7000, im Februar 27 000, im Sommer 74 000. Denn habe der Arbeitsdienst durch eine neue Verordnung neuen Impuls erhalten, so daß die Zahl der Arbeitsdienstwilligen am 1. September auf 144 000 gestiegen sei. Die Höchstzahl sei 280 000 gewesen, jetzt sei sie etwas gesunken, habe aber

am 1. Januar immerhin noch rund eine Viertelmillion

betragen. Die Arbeit müsse in erster Linie zweckvoll sein, damit die jungen Leute in ihr Befriedigung finden. Ferner soll sie gemeinnützig und zusätzlich sein, es dürften nicht Arbeiten ausgeführt werden, die normalerweise den freien Arbeitsmarkt entlasten müßten.

Der Minister gab dann Auskunft über die finanzielle Bedeutung des Arbeitsdienstes. Aus dem Fundus des Reiches wurden für den Einzelnen freiwillige Beiträge von durchschnittlich 2 RM pro Tag auf 20 Wochen, bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten auf 40 Wochen geleistet. Das bedeutet 50 RM für jeden Jugendlichen monatlich oder 600 RM jährlich. Hinzu kämen die Ausgaben der Träger des Arbeitsdienstes für Materialien. Im Jahresdurchschnitt ergebe

sich, daß zu den 600 RM persönlichen noch 400 RM sachliche Unkosten hinzutreten.

Jeder Arbeitsdienstwillige bedeute also eine finanzielle Belastung von 1000 RM im Jahr.

Eingestellt wurden sowohl Bezüher von Arbeitslosenunterstützung wie auch Krisen- und Wohlfahrtsunterstützte. Aber während der Dauer des Arbeitsdienstes ruhe die Unterstützung.

Bis zum 20. Dezember 1932 seien 48 Millionen RM für den FAD ausgegeben worden.

Auf neue Anforderungen hin seien dann weitere 25 Millionen bereitgestellt worden.

Dr. Syrup ging dann auf das

Problem der Arbeitsdienstpflicht

ein. Ein Jahrgang umfasse mindestens eine halbe Million Menschen. Für Jugendliche weiterer Jahrgänge müsse man dann wenigstens einen freiwilligen Arbeitsdienst zulassen. Rechnet man beim Arbeitsdienst mit einer Million Jugendlicher zu je 1000 RM im Jahr, so ergebe sich

eine Ausgabe von einer Milliarde,

wovon der Arbeitsdienstfonds 600 Millionen Reichsmark aufzubringen hätte. Wer garantiere dafür, daß ein junger Mensch, der einen Arbeitsplatz hatte, einen nach Ableistung seines Dienstjahres wiederbekomme? Wie solle man ferner für so viele junge Leute genug Arbeit beschaffen, zumal der Arbeitsdienst nicht nur ein Jahr lang durchgeführt werden solle. Gerade die Freiwilligkeit bilde die Kameradschaft, Zwangsweise Einfügung von Leuten in die Lager müsse die Kameradschaft sprengen.

Mit dem Reichswehrminister ist sich der Reichsarbeitsminister darin einig, daß

militärische Gesichtspunkte mit dem Arbeitsdienst nichts zu tun

hätten. Die Regierung habe es auch nicht nötig, militärischen Bestrebungen etwa ein soziales Mäntelchen umzuhängen. Erziehungsziele des freiwilligen Arbeitsdienstes seien

Kameradschaftlichkeit und Achtung vor dem Andersdenkenden.

Zum Schluß erklärte der Minister, die Beitragseinnahmen der Arbeitslosenversicherung betrügen 1020 Millionen RM im Jahr. Für Unterstützungen würden 700 Millionen RM verbraucht.

Der Rest von 300 Millionen RM müsse an die Reichskasse abgeführt werden

An sich sei es gleichgültig, ob dieses Geld direkt oder auf dem Umweg durch die Reichskasse in den freiwilligen Arbeitsdienst fließe. Aber es gehe nicht an, die Reichskasse als Träger des ganzen Arbeitsdienstes heranzuziehen. Das Reich müsse sich daran beteiligen.

Nach längerer Aussprache lehnte der Sozialpolitische Ausschuss die von den Nationalsozialisten beantragte Arbeitsdienstpflicht ab. Dagegen nahm er den Zentrumsantrag an, wonach es bei der bisherigen Form des freiwilligen Arbeitsdienstes bleiben soll.

Der Beschluß des Ausschusses lautet nun:

„Die Reichsregierung wird ersucht, bei der Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der als nationale und soziale Notmaßnahme aufgegriffen worden ist, darauf zu achten, daß unter Wahrung der natürlichen Werte und Bindungen an Familie, Weltanschauung und Heimat der Freiwillige Arbeitsdienst seinen freiwilligen Charakter behält, also jeder Zwang unterbleibt, daß bei der Durchführung der Lager die Selbstverwaltung und Selbstgestaltung des Arbeitsdienstes durch die Träger des Dienstes unter stärkster Berücksichtigung des Eigenlebens der Jugendverbände gesichert werden; daß die Möglichkeiten, die sich für den Arbeitsdienst in der Wissenschaft ergeben, im Interesse der Forschung und Wirtschaft, aber auch der akademischen Jugend gefördert werden.“

Am Mittwoch berät der Ausschuss die Anträge zur Beseitigung von Härten in den Notverordnungen über die Sozialversicherung und die Wohlfahrtspflege.

## Hitler bei Hugenberg

Niemand will Neuwahlen

Am Dienstag abend fand die seit längerer Zeit angekündigte Unterredung zwischen Hitler und Hugenberg statt. Ueber den Verlauf der Besprechungen und ihr Ergebnis wird, wie üblich, eine offizielle Mitteilung nicht gemacht. Jedoch berichtet die Hugenbergpresse, daß

die Aussprache keineswegs völlig negativ verlaufen

sei. Aus der Art der Verhandlungen Hitlers gehe hervor,

daß Hitler eine Auflösung des Reichstages vermeiden wolle

und statt dessen eine völlige Neubildung der Reichsregierung erstrebe, durch die seiner Partei ein ihrer Größe entsprechender Anteil an der Macht gewährt werde. Hitler bestehe nicht mehr absolut auf seiner Berufung zum Reichskanzler, sondern werde sich zufrieden geben, wenn den Nationalsozialisten das Reichswehrministerium, das Reichsinnensministerium und der Reichskommissar für Preußen zugestanden werde. Hitler und Hugenberg waren sich darüber einig, daß der neuen Regierung vom Reichspräsidenten die Vollmachten gegeben werden müßten, die erforderlich seien.

um die Arbeiten der neuen Regierung auf ein Jahr vor parlamentarischen Einflüssen zu schützen.

Die Hugenbergpresse hält es noch für ungewiß, ob auf dieser Verhandlungsgrund-

lage eine Neubildung der Regierung gelingen werde. Der Reichspräsident sei bisher nicht bereit, das Reichswehrministerium den Nationalsozialisten zu übergeben, und er habe auch Bedenken gegenüber der Forderung, den Reichstag zwangsweise zu vertagen oder Neuwahlen über den verfassungsmäßigen Termin hinauszuschieben.

Das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, veröffentlicht an der Spitze der heutigen Nummer einen Artikel mit der charakteristischen Überschrift:

„Bitte, keine Neuwahlen!“

Man sieht also, daß trotz der allerseits so eifrig beteuerten Bereitschaft zu Neuwahlen lebhaft daran gearbeitet wird, den Konflikt und die Reichstagsauflösung zu vermeiden.

## Zum Metallarbeiterstreik in Siegen

Düsseldorf, 17. Januar

WTB. Der Schlichter hat heute den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches für die Metallindustrie im Siegerland abgelehnt. Der Schiedsspruch sah bekanntlich eine Ermäßigung des bisherigen Spitzenstundenlohnes von 58 auf 57 Pfennige vor. Die Unternehmer hatten den Schiedsspruch abgelehnt. Es werden hier von rund 8000 Arbeiter betroffen. Der Streik geht weiter.

## „Gefährlicher Unsinn“

oder: Müssen die Gewerkschaften in der Krise Mitglieder verlieren?

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, den wirtschaftlichen Massenorganisationen der Arbeiterklasse, ist heute mehr denn je ein politischer Machtfaktor von größter Bedeutung. Daher ist die Tatsache des ständigen Mitgliederückganges der freien Gewerkschaften seit der Krise ein für das proletarisch höchst bedrohliches Zeichen. Wir benutzen deshalb die polemische Äußerung eines Gewerkschaftsorganes zu dieser Frage als willkommenen Anlaß, um unsere grundsätzliche Stellung hierzu darzulegen.

Im „Mitteilungsblatt“ der ZDA, Ortsgruppe Breslau, wird unter der Überschrift „Gefährlicher Unsinn“ gegen unseren Artikel „Die Gewerkschaften an der Jahreswende“ (SAZ vom 31. Dezember 1932) polemisiert. Dem Schreiber der ZDA-Notiz hat es unsere Feststellung, daß an dem Mitgliederückgang in den Gewerkschaften nicht zuletzt das passive Verhalten der Gewerkschaftsführung gegenüber den Erwerbslosen schuld sei, angetan. Entgegen unserer in dem Artikel dargelegten Auffassung behauptet aber „Der Angestellte“, daß wir geschrieben hätten, „der Mitgliederückgang sei keineswegs auf die Krise zurückzuführen, sondern auf die schlappe Haltung der Führung“. In Wirklichkeit schreiben wir:

„Es ist bequem, aber grundfalsch, wenn die Gewerkschaftsführung diesen Mitgliederückgang einfach nur mit dem Hinweis auf die katastrophalen Auswirkungen der Krise zu erklären versucht. Dieses Argument kann nur auf bürgerliche oder eine bürgerlich-reformistische Politik treibende Gewerkschaft Geltung haben.“

Wir haben daraus die weitere Schlussfolgerung gezogen, daß bei einer zielbewußt revolutionären Kampfführung der Gewerkschaften und bei einem planmäßigen Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel für die am schwersten vom Angriff der Kapitaldiktatur betroffenen Arbeitslosen die Gewerkschaften einen Zubau statt einer Abnahme gerade von seiten der Erwerbslosen haben müßten.

Diese unsere Stellungnahme nennt der Artikelschreiber im „Angestellten“ „gefährlichen Unsinn“ und macht dazu allerlei witzig sein sollende Bemerkungen gegenüber der SAZ und SAP überhaupt. Wir würden dem Verfasser der Notiz im „Angestellten“ ruhig und ungestört seine Freude an derartigen Stülübungen lassen, wenn es sich hier nicht um ein Problem handelte, das die Existenzfrage der Gewerkschaften aufs Tiefste berührt. Die reformistischen Gewerkschaftsführer sind es gewohnt, bestimmte Dinge einfach damit zu erklären und für endgültig erledigt zu betrachten, daß sie sich sagen, das war früher so, ist heute so und man kann daher nichts dagegen tun, sondern muß sich damit als einem unabwendbaren Schicksal abfinden.

Nun haben in der Tat die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen in jeder Krise Mitgliederverluste zu verzeichnen. Zu einer Zeit, wo mit beinahe mathematischer Sicherheit damit gerechnet werden konnte, daß die Krise wieder durch eine Hochkonjunktur und damit durch einen neuen, den Verlust übersteigenden Mitgliederzustrom abgelöst wird, ist diese Erscheinung für die Gewerkschaften nicht besonders gefährlich. Jetzt aber haben wir seit fast vier Jahren Krise, und selbst die größten Reformisten müssen so langsam erkennen, daß, solange der Kapitalismus besteht, die Krise oder zumindest die Massenarbeitslosigkeit nicht mehr verschwinden werden. Aus dieser Tatsache muß sich zwangsläufig die weitere Schlussfolgerung ergeben, daß, wenn die Gewerkschaftsführung ihre bisherige Taktik und Einstellung zu diesem ganzen Problem beibehält, ein ständiger und unaufhaltsamer Mitgliederückgang der Gewerkschaften als eine unabwendbare Tatsache angesehen werden muß. Daß diese Einstellung zur freiwilligen Bankrotterklärung und schließlich zur Liquidierung der Gewerkschaften führen müßte, ist klar.

Von dieser Erwägung ausgehend haben wir in unserem Jahresartikel über die Ge-

# Prügelszene im Preußischen Landtag

## Präsident Kerl spricht von Selbsthilfe!

Der preußische Landtag trat gestern zu einem kurzen Tagungsabschnitt zusammen, in dessen Mittelpunkt am Mittwoch und Donnerstag die Schuldbälle stehen wird. Gestern sollte eine Fülle von kleinen Vorfällen behandelt werden. Sie fanden auch meist ohne Aussprache erledigung, bis sich plötzlich ein Zwischenfall ereignete.

Der kommunistische Abgeordnete Frank von Rheydt bezeichnete in einer Rede über die Notlage der Bauern im Schwalm-Gebiet die Nationalsozialisten als „leines Gesindel“.

Darauf stürmten die Nationalsozialisten nach vorn, und einer von ihnen, der Abg. Blei, drängte den Abg. Frank von der Rednertribüne. Blei versetzte dem Kommunisten mehrere Faustschläge.

Es drohte eine allgemeine Ketterei. Doch schließlich gelang es den Führern beider Parteien, die Gegner voneinander abzubringen.

Präsident Kerl schloß den Abg. Frank von der Sitzung aus. Als dieser weitere Mitteilungen machen wollte, wurde er durch den Gesang des Horst-Wessel-Liedes von den Nationalsozialisten unterbrochen. Nunmehr verließ Präsident Kerl seinen Sitz und hob damit die Sitzung auf. Eine Viertelstunde später eröffnete Präsident Kerl wieder die Sitzung und teilte mit, daß er sowohl den Abg. Frank (Komm.) wie den Abg. Blei (Naloz) von der Sitzung ausschloß.

Ein kommunistischer Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Prüfung der Zustände in den von den Fürsorgebehörden und Landesjugendämtern zur Unterbringung von Minderjährigen benutzten Anstalten wurde angenommen.

Nach Schluß der Vollsitzung trat der Aeltestenrat zusammen, um sich mit dem Zusammenstoß zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten zu beschäftigen. Die Kommunisten gaben der Ansicht Ausdruck, daß nur der Nationalsozialist Blei, der geschlagen habe, ausgeschlossen werden dürfte, nicht aber auch der geschlagene Kommunist.

Präsident Kerl erwiderte, er hätte sich überlegt, ob er den Nationalsozialisten überhaupt ausschließen solle, oder ob nicht vielmehr ein Recht der Selbsthilfe entstehe, wenn ein Redner die stärkste Fraktion des Hauses „leines Feiglinge“ beschimpfe.

„Im Interesse des Hauses“ habe er sich zur Ausschließung des Abg. Blei entschlossen. Abg. Heilmann (Soz.) führte Beschwerde darüber, daß während der Unterbrechung der Sitzung einige Nationalsozialisten Beschimpfungen gegen die Sozialdemokraten ausgesprochen hätten. Er ersuchte den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß in Zukunft auch diese Zwischenfälle unterbunden würden.

werkschaften den Gedanken entwickelt, daß die Gewerkschaften heute sich eben ganz anders zum Erwerbslosenproblem stellen müssen, als in der Zeit des stabilen und aufsteigenden Kapitalismus. Das heißt nichts anderes, als daß die Gewerkschaften, deren Mitglieder heute in ihrer Mehrheit der Arbeitslosen angehören, das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitslosen legen müssen. Der Kampf um die Lebensinteressen, d. h. um die Durchsetzung der Forderungen der Arbeitslosen, kann aber mit Erfolg nur dann geführt werden, wenn dabei von vornherein keinerlei Rücksicht auf die Existenzmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft genommen wird. Der niedrige Kapitalismus ist, wenn er sich behaupten will, nicht in der Lage, den Erwerbslosen auch nur soviel an Unterstützung zu geben, als für ein einigermaßen menschenwürdiges Leben notwendig wäre. Dabei muß die konsequente Verletzung der Forderungen der Erwerbslosen zwingend über den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft hinaus, also zum revolutionären Kampf führen.

Eine hundertfach geleitete Gewerkschaft kann selbstverständlich diesen Kampf nicht führen. Ihre Tätigkeit bewegt sich ausschließlich im Rahmen des Kapitalismus, und sie muß sich daher wohl oder übel mit dem ständigen Rückgang der Mitgliederzahlen in der Zeit der Krise abfinden. Eine sozialistische Gewerkschaft dagegen (und das wollen doch die freien Gewerkschaften sein), die die Beseitigung des Kapitalismus und Herbeiführung des Sozialismus erstrebt, muß aber, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will, diesen revolutionären Kampf für und mit den Arbeitslosen führen. Die Führung dieses Kampfes war in der Zeit des stabilen Kapitalismus nicht möglich, er ist aber heute in der Zeit des kapitalistischen Niedergangs, d. h. der jetzigen objektiv revolutionären Situation, nicht nur möglich, sondern im Interesse der Arbeiterklasse lebensnotwendig.

Wenn das die Gewerkschaften bzw. ihre Führung begreifen oder besser, wenn sie unter dem Druck der Massen zur Aenderung der ganzen Politik und Taktik gezwungen und dementsprechend zur Durchführung des revolutionären Kampfes für die Forderungen der Arbeitslosen gezwungen werden, dann ist klar, daß das Gewerkschaftsproblem für die Erwerbslosen sofort ganz anders steht als heute. Dann werden alle Arbeitslosen in den Gewerkschaften gerade in der Zeit der Krise ihre einzige Interessenvertretung, den Faktor sehen, der mit und neben der revolutionären Partei allein in der Lage ist, aus der jetzigen Not- und Elendslage heraus — und einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Dann, aber auch nur dann, ist es möglich, daß die Gewerkschaften in der Zeit einer Krise wie der gegenwärtigen nicht an Mitgliedern verlieren sondern zunehmen.

Dazu ist selbstverständlich auch notwendig, daß organisatorisch und innergewerkschaftlich eine ganze Reihe von Bestimmungen und Maßnahmen gegenüber den arbeitslosen Kollegen geändert werden. Da müßte z. B. im ZDA sofort der unsinnige Passus fallen, daß die Mitgliederrechte der Kollegen, die länger als zwei Jahre erwerbslos sind, ruhen; da müßten grundsätzlich in allen Verbänden — wie das jetzt schon einige unter dem Druck der Not machen — erwerbslose Arbeiter und Angestellte die Möglichkeit haben, neu in den Verband aufgenommen zu werden; da müßten den Erwerbslosen in allen führenden Körperschaften der Gewerkschaften spezielle Rechte und besondere Vertreter eingeräumt werden usw. usw.

Das also ist es, was wir wollen und was wir in unserem Jahresartikel, allerdings nicht so ausführlich wie hier, vertreten haben. Der ZDA-Angestellte Breslau nennt das „gefährlichen Unsinn“. Wir wissen nicht, ob er nach dieser unserer Darlegung noch an dieser Bezeichnung festhalten will; das ist weniger wichtig. Wichtig ist aber, daß die großen Mitgliedermassen der Gewerkschaften im Interesse der Existenz und Weiterentwicklung der Gewerkschaften die Notwendigkeit dieser Aenderung der Politik und Taktik der Gewerkschaften erkennen und demgemäß in ihren Organisationen handeln. Es geht hier nicht nur um die Existenz der Gewerkschaften, sondern gleichzeitig auch um eine Lebensfrage der gesamten Arbeiterklasse.

## Lippischer Landtag

Detmold, 17. Januar.

CNB. Wie wir erfahren, wird der lippische Landtag bereits am 7. Februar eröffnet. In dieser Sitzung wird über die Regierungsbildung, die Besetzung des Landtagspräsidiums und der Ausschüsse entschieden werden.

## Nazi-Präsident im Dresdner Stadtparlament

Das neue Dresdener Stadtverordnetenkollegium nahm die Wahl seines Vorstandes vor. Erster Vorsitzender wurde der Nationalsozialist Kluge, zweiter der auf der Liste der Hausbesitzer gewählte Deutsche Nationalist Paul, dritter der Volksparteier Dr. Thürmer. Bisher war der erste Vorsitzende ein Sozialdemokrat.

## Meineids-Anzeige gegen Gontard

Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist vor einiger Zeit beim Oberreichsanwalt eine Meineidsanzeige gegen Generaldirektor Paul von Gontard, den bekannten Zeugen aus dem Bullerjahn-Prozess, eingegangen. Der Oberreichsanwalt hat diese Anzeige am 2. Januar an die Staatsanwaltschaft in Leipzig weitergeleitet.

# Kampfgemeinschaft ehemaliger SA- und SS-Leute

## Die Nazi-Partei im eigenen Spiegel

Kassel, 17. Januar.

Der Krach in der Kasseler SS, über den wir bereits berichtet haben, hat inzwischen geradezu groteske Formen angenommen. Der „Dortmunder Generalanzeiger“ veröffentlichte eine Kundgebung einer inzwischen gegründeten „Kampfgemeinschaft ausgeschlossener und ausgetretener SS-Leute“, in der es u. a. heißt:

„Der seit Juli 1932 die Kasseler SS-Standarte 35 führende Standartenführer Döring hat es nicht verstanden, seine Geführten auch nur annähernd so zu behandeln, wie man es Menschen gegenüber normalerweise zu tun gewohnt ist.“

So ließ er Leute aus der SS ausschließen, welche ausständig, treu und ehlich jahrelang in der NSDAP ihren gewiß nicht leichten Dienst ausübten. Getreidesammlungen bei der der NSDAP angehörenden Landwirtschaft wurden sofort nach der Sammlung zu Geld gemacht und dieses der Verwaltungsführerkasse der Standarte einverleibt.

Trotzdem große Summen eingekommen waren, befindet sich in der Kasse eine merkwürdige Leere.

Die Sturmführer sowie der Sturmbüro befinden sich seit Wochen in der schwierigsten Lage; den Verpflichtungen, welche sie Geschäftsleuten gegenüber eingegangen waren, konnten sie nicht nachkommen, da der Standartenführer Döring ihnen nur unzulängliche Mittel gewährte. So entstanden Verhältnisse, welche weder tragbar noch geeignet waren, die Mißstimmung innerhalb der SS abzumildern. Hinzu kam, daß Döring mißtrauisch wurde und

bei dem Sturmbüro nichts durch drei SS-Leute seines Stabes einen Einbruch verüben ließ.

Die Einbrecher wurden jedoch durch die Polizei gestellt und es ist Strafantrag gestellt worden.

Nach dieser Angelegenheit erschien der Standartenführer Döring auf dem Sturmbüro und benahm sich dem diensttuenden Sturmführer gegenüber so skandalös und gewalttätig, daß es zu einer Schlägerei kam. Der Sturmführer setzte sich zur Wehr und der Standartenführer mußte verbüßt flüchtend das Büro verlassen. Anständige Führer brachten es nicht mehr über sich, ihre Ämter weiter zu versehen und legten sie nieder. Bei einer nunmehr sich nötig machenden Revision eines höheren SS-Führers geschah es jedoch, daß die beschwerdeführenden SS-Führer ohne Vernehmung ihrer Posten enthoben wurden und daß dem Standartenführer noch ausdrücklich das Vertrauen seiner vorgesetzten Dienststelle ausgesprochen wurde.

So sind bis zum heutigen Tag eine ganze Anzahl SS-Stürme ausgetreten

und haben sich zu einer Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Kampfgemeinschaft soll alle die sauberen, ehrlichen Kämpfer der NSDAP umfassen und wir sind gewillt, überall Aufklärung schriftlich und mündlich zu geben und uns gegen Verleumdungen aufs schärfste zu widersetzen. Wir wissen, daß gerade auch innerhalb der SA sowie der Parteigenossenschaft über die hiesige Führung Beschwerde in München geführt wurde, jedoch ist scheinbar tauben Ohren geredigt worden.

Aus einer weiteren Mitteilung der Kampfgemeinschaft geht hervor, daß sich die SS jetzt in voller Auflösung befindet und daß die Rebellion auch auf die SA übergreifen hat.

## Neue Ausschlüsse aus der NSDAP

Kassel, 17. Januar.

Zwölf SS-Leute vom Sturmbüro 135 in Kassel, darunter ein Mitglied des Preußischen Landtags, K. Verne, sind nach einer Meldung der Gauleitung Hessen-Nassau-Nord heute aus den Listen der SS und zugleich der NSDAP gestrichen worden. Als Grund dieser Maßregel wird angegeben, daß diese SS-Leute an Zerstörungen und Spaltungen in der SS-Standarte 35 beteiligt und zugleich dafür verantwortlich seien, daß die Kasseler Kriminalpolizei auf Grund einer bei ihr eingelaufenen Anzeige bei der daraufhin am Freitag überraschend vorgenommenen Durchsuchung des Verkehrslokals der SS-Standarte 35 in der Hohenzollernstraße vier Revolver und Pistolen, eine Gaspistole, 24 Patronen, ein feststehendes Messer sowie 19 Gummiknüppel und Stahlruten finden konnte.

## „Despotie der Bonzen und Bürokraten“

### Ein treffendes Urteil über die NSDAP

In Lippe ist vor kurzem der frühere Bezirksleiter der NSDAP und Gauleiter des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterbundes, Dr. Manfred Fuhrmann, aus der NSDAP ausgetreten. Er begründet seinen Schritt in einem längeren Schreiben an die Parteileitung, in dem er als Ursachen seines Austritts stichwortartig u. a. folgendes anführt:

„Die überall in den Landesregierungen und Parlamenten bewiesene Unfähigkeit zu schöpferischer Arbeit, die Folge der „Führerauslese.“ Leute, die — in Versammlungen „große Kanonen“ — im übrigen aber ohne die geringste Kenntnis von Technik der Verwaltung, von Verfassungs- und Staatsrecht sind, gelangen in führende Staatsstellungen — „Partei-büchse-Beamte“ — und blamieren die Partei bis auf die Knochen. Der Röhm-Skandal. Der überhandnehmende Byzantinismus in der Partei, besonders gegenüber dem Führer. Mit Sklavenseelen führt man keinen Freiheitskampf. Das Ueberwiegen der „Funktionäre“, der Partebürokratie, sagen wir ruhig des Bonzentums. Die NSDAP ist auf dem besten Wege zur Despotie der Bonzen und Bürokraten.“

Der Mann hat seine frühere Partei gut durchschaut.

## Hitlers Speichellecker

CNB. Wie die Reichspressestelle der NSDAP mitteilt, hat der frühere SA-Gruppenführer von Mittelfranken, Wilhelm Stegmann, der, wie gemeldet, vor einigen Tagen von Röhm seines Amtes enthoben wurde, heute folgende Erklärung schriftlich abgegeben: „Ich war heute bei meinem Führer. Da ich einsehe, daß mein Verhalten von ihm mit Recht getadelt wurde, habe ich aus eigenem mein Reichstagsmandat zu seiner Verfügung gestellt und ihm versprochen, als Parteigenosse in Treue und Gehorsam meine Pflicht zu tun.“

## Handelsvertrags-Konflikt mit Schweden

Berlin, 17. Januar.

WIB. Die Verhandlungen zwecks Erneuerung des deutsch-schwedischen Handels- und Schifffahrtsvertrages, die im November v. J. in Stockholm begonnen haben und vom 4. bis 11. Januar in Berlin fortgesetzt wurden, sind ergebnislos verlaufen. Die schwedische Regierung hat am 14. d. M. die Mitglieder der schwedischen Verhandlungsdelegation nach Stockholm zurückberufen und erklärt, daß Voraussetzungen zu weiteren Verhandlungen bei der jetzigen Lage nicht vorhanden seien.

In dem jetzigen Vertrag mit Schweden sind wichtige deutsche Zölle auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet gebunden, z. B. für Schnittholz, Rindvieh, Speck, Schmalz und lebende Fische. Um hier wieder die erlöschende Freiheit zu erhalten, war auf deutschen Wunsch zwischen beiden Regierungen vereinbart worden, den Handelsvertrag am 15. Februar 1933 außer Kraft treten zu lassen. Bei den Verhandlungen ergab sich trotz deutscher Bereitschaft zu weitgehendem Entgegenkommen (H), daß die schwedischen Wünsche nach neuen deutschen Zollbindungen, insbesondere auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft, so weit gingen, daß ihre Erfüllung in Anbetracht der Lage dieser Wirtschaftszweige in Deutschland unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht möglich erschien.

Das Scheitern der Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden ist bestimmt nur die Einleitung einer ganzen Kette von Handelsvertragskonflikten, die in den nächsten Wochen und Monaten als Folge der großrussischen Junkerdictatur in Deutschland entstehen werden. Daß die Kosten dieser junkerlichen Zollpolitik die Industrie d. h. das Proletariat, zu bezahlen haben wird — nicht nur durch Lebensmittelerhöhung, sondern vor allem durch Drosselung des Industriewarenexports — das zeigen die bisherigen Handelsziffern Deutschland-Schweden. Demnach betrug der deutsche Ausfuhrüberschuß nach Schweden 1930 190,1 Millionen, 1931 268,1 Millionen, und selbst 1932 noch 125,7 Millionen Mark.

## „Minister“ Klepper will zurücktreten

### Komödie der Einflußlosen

Berlin, 17. Januar.

In Kreisen, die der Regierung Braun nahe stehen, wird dem VDZ-Büro bestätigt, daß der preußische Finanzminister Klepper bereits vor längerer Zeit den Wunsch geäußert habe, von seinem Amte zurückzutreten und sich in der Privatwirtschaft zu betätigen. Es verlautet hierzu, daß Minister Klepper, der parteipolitisch nicht gebunden ist, den gegenwärtigen Zustand, wie er durch die Einsetzung der Reichskommissare sich für die Mitglieder des Kabinetts Braun gestaltete, als unbefriedigend für seine Betätigungsmöglichkeit in der Regierung betrachtet.

Zugleich wird die naheliegende Vermutung aufgestellt, daß für den Fall des formellen Rücktritts Kleppers der vom Zentrum bestellte Minister Dr. Hirtzfelder mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Finanzministers betraut werden würde, da Hirtzfelder nach der Auflösung des Wohlfahrtsministeriums seinen eigentlichen Arbeitsbereich innerhalb des Kabinetts verloren habe.

## Papen redet weiter

CMB. Halle, 17. Januar.

Reichskanzler a. D. von Papen hielt heute die Festrede auf der Reichsgründungsfeier des Stahlhelms.

Er führte u. a. aus: Der Kampf für die Wiedererlangung unserer äußeren Freiheit sei untrennbar verbunden mit dem Kampf um die Korrektur des Notbaues von Weimar. Marxismus und Bolschewismus drohten nicht nur Deutschland zu zerstören. Die vermeintlichen Kräfte der Demokratie könnten die Lage nicht meistern. Deutschlands Kampf um eine Gleichberechtigung sei nur zu führen durch eine Zusammenfassung der nationalen Kräfte zu einer Staatsführung im Sinne eines neuen staatsbildenden Prinzips. Er glaube, daß die Zeit überreif sei für eine grundsätzliche Reform des kapitalistischen Systems. Die klassenkämpferischen Fronten des Unternehmertums und der Gewerkschaften müssen verschwinden. Der neue Staat könne nur mit dem deutschen Arbeiter aufgebaut werden. Das Bekenntnis des Reichskanzlers von Schleicher zur allgemeinen Wehrpflicht werde ihm ganz Deutschland von Herzen danken.

Der Redner schloß mit dem Ruf: „Zum Kampf mit Hindenburg für ein neues deutsches Reich.“

## Wieder mal ein Untersuchungsausschuß

Der Untersuchungsausschuß über die Personalpolitik des Reichskommissars in Preußen, der auf sozialdemokratischen Antrag im Preußischen Landtag eingesetzt wurde, konstituierte sich am Dienstag. Vorsitzender ist der Abgeordnete Schwenk (KPD). Berichterstatter sind ein Sozialdemokrat und ein Nationalsozialist. Der Ausschuß will vom Staatsministerium die Akten anfordern, die sich auf die Personalveränderungen nach dem 20. Juli 1932 beziehen. In parlamentarischen Kreisen wird es als zweifelhaft bezeichnet, ob die kommissarische Regierung die Personalakten zur Verfügung stellen werde. Als Hauptzeuge käme Reichskommissar Dr. Bracht in Frage.

# Schlesische Wirtschaft in der Krise

## II. Güterwagengestellung zeigt die Krise

In den Monaten Januar bis September 1932 hat sich ein Rückgang in der Güterwagengestellung im Reichsbahnbezirk Breslau um 14,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr vollzogen. Nimmt man den Stand der Güterwagengestellung im August 1932 mit 100 an, so ergibt sich für den entsprechenden Zeitpunkt des Jahres 1932 110,7 und für das Jahr 1930 134,2.

Das gleiche Bild bietet der Postverkehr in Niederschlesien, der auch im dritten Vierteljahr des Jahres 1932, wie schon im ersten Halbjahr, durchgehend zurückgegangen ist. Allein im Fernpostverkehr war eine Verminderung um 15,4 Prozent zu verzeichnen. Unter anderem ist auch die Zahl der professionellen Wechsel zurückgegangen, die ebenfalls von der Poststatistik erfaßt wird. Hierbei dürfte es sich ganz gewiß nicht um einen Ausdruck etwa für eine erhöhte Kreditsicherheit oder gar eine allgemeine Verbesserung der Wirtschaftslage handeln. Viel eher läßt sich aus dieser Tatsache entnehmen, daß die kaufmännischen Kreise bei Gewährung und Aufnahme von Wechselkrediten eine immer größere Vorsicht walten lassen.

## Die tote Oderschiffahrt

Die wirtschaftliche Krise hat im Verlauf des letzten Jahres zusammen mit den starken Schwankungen in der Wasserführung der Oder zu einer förmlichen Vernichtung der Oderschiffahrt geführt. In den Hallungen von Ransern bis Krappitz sammelten sich allein bis zum September 600 still liegende Schiffe an. Doch bereits im Anfang des Oktober war ihre Zahl auf 725 gestiegen.

## Achtung!

### Eltern-Mitglieder der Arbeiter-Kinderfreunde Breslau (SAK)

Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde beruft hiermit für Donnerstag, den 19. Januar 1933 im Heim Sonnenstraße 39 um 20 Uhr die

### Jahres-Eltern-Mitglieder-Versammlung

ein, in der das Erscheinen aller Elternmitglieder erwartet wird.

#### Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht in Wort, Schrift und Bild.
2. Aussprache.
3. Wahlen.
4. Bericht vom Schulungslager der Rotfalken.
5. Neue Aufgaben im neuen Jahr.
6. Verschiedenes.

Die Mitgliedskarten beider Elternmitglieder sind mitzubringen.

Befreundete Organisationen bitten wir, mit Ausweis einen Vertreter zu entsenden.

Arbeiterkinderfreunde Breslau (SA).

Die Zahl der arbeitslosen Schiffer muß niedrigst geschätzt mit 2000 angenommen werden. Entsprechend dieser katastrophalen Lage der Binnenschiffahrt auf der Oder haben sich die Ein- und Ausladungen in den vier Breslauer städtischen Häfen und in Maltsch gestaltet. In sämtlichen Hafenanlagen sind die Ausladungen um 17,9 Prozent, die Einladungen um 38,4 Prozent zurückgegangen.

## Steinkohlenförderung unter dem Vorkriegsstand

Bis auf eine geringfügige Saisonbelebung der Steinkohlenförderung ist die absteigende Entwicklung der Förderungsziffern sowie der abgesetzten Mengen im Bergbau bestehen geblieben. Den 1929 geförderten 4 528 835 to Steinkohle stehen 1932 3 131 523 to gegenüber. Das heißt, daß die Steinkohlenförderung im niederschlesischen Revier im letzten Jahre um 969 264 to hinter der Förderung im letzten Jahr vor dem Weltkrieg zurück bleibt. Dieses riesenhafte Absinken der Produktion nimmt bei der Brikettherstellung gewaltigere Ausmaße an. Die Brikettherstellung betrug nämlich weniger als die Hälfte des Vorkriegsstandes.

## Umgruppierung im Wohnungsbau

Neben dem schon im letzten Bericht von uns behandelten auch weiterhin vorhandenen Rückgang der Bautätigkeit im allgemeinen, hat sich immer mehr eine einschneidende Veränderung im Typ, in der Zahl der Räume im Verhältnis zu den Wohngebäuden bemerkbar gemacht. Soweit Neubauten überhaupt in Angriff genommen werden, tritt das

Siedlungshaus und das Eigenheim einfacher Ausstattung immer mehr in den Vordergrund. Den starken Rückgang der gesamten Bautätigkeit vergegenständlicht die Statistik des Bauwerksbundes, der zufolge im August  $\frac{3}{4}$  der erfaßten Mitglieder ohne Beschäftigung waren.

## Sparkassen, Konsumvereine, Steuereinnahmen

Die pro Kopf der niederschlesischen Bevölkerung berechneten Sparkasseneinlagen sind weiter zurückgegangen, so daß der Gesamtrückgang 7,8 RM pro Kopf betragen dürfte.

Der Umsatz der Konsumvereine, im Durchschnitt auf das Mitglied berechnet, ist um 24,8 Prozent geringer geworden. Dieser Rückgang, der recht erheblich über den allgemeinen Umsatzschwund im Reichsmittel hinausgeht, ist ein Ausdruck für die Verelendung der breiten Massen in Niederschlesien.

Die Einnahmen aus Besatz und Verkehrssteuern sind von 25 bis zu 31 Prozent zurückgegangen.

## Und dennoch verringert sich die Zahl der Konkurse

Abgesehen von einigen Schwankungen ist die Zahl der Konkurse kleiner geworden, so daß man von einem Absinken der Insolvenz-

welle sprechen konnte, wenn nicht nur zu bekannt wäre, durch welche verzweifelte Maßnahmen die anfallenden Stellen eine große Reihe fallender Unternehmungen gestützt haben. Sogar der amtliche Bericht verrät, wenn auch mit Vorsicht, einiges über diesen Punkt: „Außerdem wurde in den letzten Monaten eine große Reihe von Unternehmungen durch Stützungsmaßnahmen des Staates usw. vor der Zahlungsstellung bewahrt, wodurch gerade der Liquidationsdruck, welcher in der Krise die Wirtschaft belastete, gemildert wurde.“ Setzen wir nun noch hinzu, daß die Kapitalisten, gezwungen durch die in den letzten Krisenjahren gemachten schlechten Erfahrungen, sich viel eher als früher mit Ratenzahlungen ihrer Gläubiger zufriedengeben, da eine zwangsweise Beilegung ohnehin zu keinem wesentlich günstigeren Ergebnis führen würde. Daran kann die Verringerung der Konkurszahlen nicht als ein Zeichen des Aufstiegs bezeichnet werden, sondern im Gegenteil als ein Zeichen für die außergewöhnlichen Dimensionen, welche die Krise bereits angenommen hat.

Auch das dritte Vierteljahr hat in Schlesien einen weiteren Rückgang der gesamten Produktion, des Verkehrs, des Handels gezeigt. Noch nie sind die Aufdiegsillusionen, die Silberbreitentheorien der Beauftragten der Herrschenden so schnell und so gründlich zerstört worden, wie durch den Ausklang des Jahres 1932. W.G.

## Schulungslager der Rotfalken in Nesselfleck (Adlergebirge)

Zu Beginn des Jahres veranstalteten die Arbeiterkinderfreunde (SAK) ein Schulungslager in Nesselfleck im Adlergebirge für die Rotfalken im Alter von 12 bis 14 Jahren. Helfer und Rotfalken sprachen in Arbeitsgemeinschaft die wichtigsten revolutionären Fragen der Gegenwart durch.

Aber auch der Körper sollte zu seinem Recht kommen. Neben der geistigen Arbeit tummelte man sich im Freien, rodelte oder lief Skier. Der Ablauf eines Tages sei hier als Beispiel angeführt. Früh 7 Uhr: Aufstehen, Gymnastik, Waschen, Frühstück. 8,30 Uhr: wird mit der Arbeit begonnen, die nur von einer Pause von 20 Minuten unterbrochen bis etwa 12 oder 1 Uhr dauert. Dann gab es Mittag, und darauf ging es hinaus ins Freie. Gegen 17 Uhr: Vesper, bis gegen 19,30 Uhr Freizeit.

Was man in den Arbeitsgemeinschaften durchsprach? Nun, die erste beschäftigte sich mit den Grundeigenschaften der heutigen

kapitalistischen Wirtschaft und deren hervorstechendsten Begleiterscheinungen, als da sind: die Ueberproduktion, Erwerbslosigkeit, Lohn- und Unterstützungsraub, Knebelung der Arbeiterklasse.

Die zweite beschäftigte sich mit praktischen Aufgaben, die der Helferschaft und der Jugend in der Arbeiterkinderbewegung gestellt werden.

Die dritte mit Aufgaben, die im Elternhaus und in der Schule, auf der Straße und auf den Spielplätzen gestellt werden.

Die Rotfalken beteiligten sich mit einem wahren Feuereifer an diesen Arbeitsgemeinschaften. Hier erwuchs in sozialistischer gemeinsamer Arbeit ein Kreis in freiwilliger Selbstdisziplin, der für den Tageskampf, in den das Arbeiterkind gestellt ist, neuen Kampfesmut gewann.

Mit schwerem Herzen, aber frohen Augen und neugeschöpften Kräften kehrte die Gemeinschaft wieder nach Breslau zurück.

## Jahresbilanz des Verkehrs

3593 Verkehrsunfälle, 77 Personen getötet und 2267 Personen verletzt

Im Bereiche des Polizeivertreibungsbezirks Breslau wurden im Jahre 1932 3593 Verkehrsunfälle zur Anzeige gebracht (1931: 4027) Verkehrsunfälle.

Demnach ist ein Rückgang der Unfälle gegenüber dem Vorjahre eingetreten.

Der sich am stärksten in der ersten Hälfte des Berichtsjahres bemerkbar machte. Im zweiten Berichtshalbjahre stieg dagegen die Zahl der Unfälle in den meisten Monaten über die Zahl der Vergleichsmonate des Vorjahres hinaus, trotzdem der Bestand an Fahrzeugen geringer geworden war.

Bei diesen Verkehrsunfällen wurden getötet: im Jahre 1932 77 Personen (1931: 71 Personen). Unter den Getöteten befanden sich Fahrer 32, Fahrzeuginsassen 9, Fußgänger 36.

Die Zahl der durch Verkehrsunfälle verletzten Personen betrug: im Jahre 1932

2267 Personen (1931: 2402 Personen).

In der Zahl von 2267 Verletzten befinden sich 850 schwerverletzte Personen,

die sofort nach dem Unfall in ein Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Zur besseren Ueberwachung des Verkehrs wurden die Tages- und Stundenzeiten der Verkehrsunfälle registriert und es ergibt sich hierbei folgendes Bild: an den einzelnen Wochentagen ereigneten sich die Unfälle in ihrer Zahl wie folgt: Sonntag 367, Montag 490, Dienstag 527, Mittwoch 546, Donnerstag 535, Freitag 549, Sonnabend 579. Was nun die Registrierung der Verkehrsunfälle auf die einzelnen Stunden anbelangt, so ergibt sich, daß die wenigsten Verkehrsunfälle sich in der Zeit von 3-4 Uhr ereigneten, die meisten zwischen 10-20 Uhr (Höhepunkt 16-17 Uhr).

Im Berichtsjahr wurden außer den bereits genannten 3593 Verkehrsunfällen, die sich ausschließlich im Polizeibezirk Breslau ereigneten, weitere 1250 auswärtige Ersuchen bearbeitet, die in 21 Fällen Verkehrsunfälle mit Todeserfolg betrafen.

## „Roter Abend“ in Schwoltsch

Am letzten Sonnabend veranstaltete der Stadtteil Nord-Ost der SAP im Lokal von Rau einen „Roten Abend“.

Nach einleitenden Worten des Genossen Kalinke, der darauf hinwies, daß dieser „Rote Abend“ nicht nur zur Unterhaltung dienen, sondern auch zeigen soll, was jeder Arbeiter und jede Arbeiterin zu tun habe, um sich frei zu machen von bürgerlichen Denken, und was die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zu tun hat, um die Ausbeuteherrschaft der Kapitalisten zu überwinden, brachten die SAP-Genossinnen und Genossen zum Vortrag „Was will das Proletariat“. Es folgten dann die verschiedensten Darbietungen, Rezitationen und ein Zweigespräch, das zum Austritt aus der Kirche auf-forderte. Im Anschluß an eine Rezitation des Genossen Kollet „Proletariat erschlagen“ nahm Genosse Reimann das Wort zu einer kurzen politischen Ansprache.

Nach kurzer Pause sprachen die Freie Turnerschaft zwei Chöre „Die Warschawianka“ und den „Solidaritäts-song“, die ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen wurden. Daran schlossen sich, nachdem das eigentliche Programm beendet war, noch einige heitere und satirische Rezitationen des Genossen Kollet. Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale wurde dieser erste „Rote Abend“ beschlossen, der ein guter Erfolg war und uns ein Ansporn sein wird, weitere Veranstaltungen folgen zu lassen.

## „Die Demonstration muß des schlechten Wetters wegen ausfallen“

(Sonderbericht für die „SAZ“)

Bunzlau.

Vor einigen Tagen konnte man an hiesigen Arbeitsamt eine Aufforderung lesen, derzufolge die KPD eine große Demonstration gegen den Faschismus für denselben Tag, an dem die Anschläge prangten, um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr angesetzt hatte.

Die KPD hat es immer noch nicht gelernt, daß man eine Demonstration nicht buchstäblich über Nacht aus dem Boden stampfen kann. Solche falschen Maßnahmen können sich sehr zu Ungunsten der proletarischen Bewegungen und des Einflusses der Arbeiterschaft auf die breite Masse der Werktätigen auswirken.

Ganz abgesehen davon, daß es Pflicht der Ortsleitung der KPD gewesen wäre, sich vorher (es handelt sich ja um eine Demonstration gegen den Faschismus) mit den andern beiden Arbeiter-Parteien Bunzlau zu verständigen.

Die Demonstration war dann auch schließlich danach. Ein kleines Häuflein stand vor dem Arbeitsamt, und als die Genossen Vogel und Bänder von der KPD sahen, daß um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr sich niemand einfindet, redete Genosse Bänder einige mehr oder weniger passende Worte, die in dem geradezu klassischen Satz gipfelten: „Die Demonstration muß des schlechten Wetters wegen ausfallen.“ Ein Kommentar erübrigt sich.

## Weitere Schulschließung wegen Diphtherie

Waldenburg, 17. Januar.

In Langwaltersdorf ist infolge erneuten starken Auftretens von Diphtherie der Schulunterricht auf acht Tage unterbrochen worden. Bisher wurden zwölf Krankheitsfälle angemeldet; ein 10-jähriges Mädchen ist der Krankheit zum Opfer gefallen.

## Explosion eines Schweißapparates

Groß-Strehlitz, 17. Januar.

In Himmelwitz explodierte in der Werkstatt des Schmiedemeisters Lagonczyk der Karbidbehälter eines Schweißapparates. Ein Lehrling trug schwere Kopfverletzungen davon und wurde in bedenklichem Zustand ins Kreis Krankenhaus eingeliefert. Der Schmiedemeister und ein anderer Lehrling erlitten leichtere Verletzungen.

## Tarif in der Steinindustrie

Breslau, 17. Januar.

WSL. Der seit dem 1. d. M. in der schlesischen Steinindustrie bestehende tariflose Zustand ist durch einen Schiedsspruch den eine vereinbarte Schlichtungsstelle unter Vorsitz des Herrn Oberregierungsrat Professor Kramer gefällt hat, beendet worden.

Die zuletzt gültig gewesenen Lohnsätze sind im wesentlichen wieder in Kraft gesetzt und laufen bis Ende dieses Jahres (1). Der Schiedsspruch hat auf Grund einer von den Parteien getroffenen Vereinbarung bindende Wirkung.

Es ist von außen schwer zu beurteilen, ob es zur Zeit für die Arbeiter der schlesischen Steinindustrie besser ist, einen tariflichen oder einen tariflosen Zustand zu haben. Für höchst bedenklich, ja, für falsch, halten wir es aber, daß die heutigen, auf den denkbar tiefsten Stand heruntergedrückten Löhne, jetzt gleich für das ganze Jahr festgelegt werden und der Tarifablauf wieder für den ungünstigsten Termin (mittlen im Winter) festgesetzt wird.



Die neue Oderbrücke bei Neuenh.

# Für Arbeitslose Heirat verboten!

## Ein barbarisches Urteil eines Arbeitsgerichts Erwerbslose, heraus zum Protest!

Das Landesarbeitsgericht in Duisburg hat vor einigen Tagen ein unerhörtes, in jeder Hinsicht barbarisches Urteil gefällt, das den Protest der gesamten Arbeiterschaft, sowohl der Erwerbslosen, als auch der noch in den Betrieben Stehenden, auslösen muß, weil es sich hier um ein Präzedenzfall handelt, das offensichtlich als Schulbeispiel gelten soll, handelt.

Worum handelt es sich? Ein Erwerbsloser, der in einem kleinen Zimmerchen als Untermieter hauste, für das er von seiner Erwerbslosenunterstützung 4 RM Miete zahlen mußte, hatte sich verheiratet. Seine Frau war ebenfalls erwerbslos. Er beantragte nun zu der wöchentlichen Unterstützung von 8 RM den üblichen Familienzuschlag von 3,50 RM. Die Gewährung dieses Zuschlages lehnte aber das Arbeitsamt ab. Der Erwerbslose klagte daraufhin beim Arbeitsgericht. Die Klage wurde mit der unerhörten Begründung abgelehnt:

„Wer arbeitslos und, ohne eigenes Vermögen zu besitzen, in einer Zeit wie der heutigen heiratet, sofern er keine bestimmten Aussichten dafür hat, daß der Zustand seiner Arbeitslosigkeit in nicht allzu ferner Zeit beendet sein würde, handelt wenig verantwortungsvoll, sich, seiner Familie und dem Staate gegenüber. Wollte man nicht, daß solche Fälle Schule machten und namentlich die Gemeinden dadurch in immer größere Verpflichtungen gestürzt würden, so bleibe nur Ablehnung der Klage übrig.“

Das Landesarbeitsgericht unterstrich wieder noch einmal den Standpunkt, daß Ehen, die unter solchen Voraussetzungen, wie die des Arbeitslosen geschlossen würden, große Gefahren für die Institution der Ehe an sich und für die Staatsfinanzen in sich bergen.

Welch unentwerrbare Widersprüche, die nur in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich sind! Gerade die anwachsende Reaktion predigt doch die Heiligkeit und die Wichtigkeit der Ehe zur Erhaltung des Staates und der Staatsmoral. Die Kirche predigt die Wichtigkeit der Ehe und jammert über die Zahl der geringen Eheschließungen, jammert über den Geburtenrückgang.

Das Urteil des Duisburger Arbeitsgerichts widerspricht aber all diesen „Moral“-forderungen.

All das, was bürgerliche Volkswirtschaftler, Volkshygieniker, bürgerliche Staatsmänner und Pfaffen jahraus, jahrein gepredigt haben, wird hiermit direkt auf den Kopf gestellt. Man verbietet einer Generation Deutscher — wohlgerne, es handelt sich hier zu einem großen

Prozentsatz um eine proletarische Generation die Eheschließung, nur weil die Gesellschaftsordnung, in der sie zu leben verbannt sind, ihnen diese Lebensmöglichkeiten entzogen hat.

Der Arbeitslose wird zum Menschen zweiter Klasse herabgedrückt.

Dieses Urteil muß den Proteststurm der gesamten deutschen Arbeiterschaft entzünden, dieses Urteil muß in jedem Erwerbslosen das Bewußtsein hängen, daß eine Gesellschaftsordnung, die sich in solche Widersprüche verwickelt, die den Wohlfahrtserwerbslosen zum Kuli herabwürdigt, reif zum Abtreten ist. Der Sozialismus muß kommen, falls wir nicht ganz in die Barbarei hinabsinken wollen.

## Zum Explosionsunglück in Ratingen

(Eigener Bericht der SAZ.)

Das Unglück in der Chemischen Fabrik Schwarz hat nun das 2. Todesopfer gefordert.

Hierzu wird uns geschrieben: Ueber die eigentliche Ursache des Unglücks herrscht noch tiefes Dunkel, bzw. läßt die Firma nichts verlauten. Die auch von der SAZ in ihrer Nummer von Sonnabend, dem 7. Januar, gebrachte Meldung, als handle es sich um eine Kohlenstaubexplosion trifft nicht zu. (Die Redaktion der SAZ hatte diese Meldung gleich mit einem Fragezeichen versehen, da ihr eine Kohlenstaubexplosion in einer chemischen Fabrik ungläubig schien). Gerüchlicherweise verlautet, daß es sich um die Explosion einer Mischmaschine handelt. Ueber das, was in der chemischen Bude von Schwarz eigentlich produziert wird, herrscht tiefes Dunkel, und werden von der hiesigen Bevölkerung allerlei Vermutungen laut. So wird unter anderem behauptet, daß die dort beschäftigten Arbeiter zu strengstem Stillschweißen verpflichtet seien, angeblich, weil dort Produkte hergestellt werden sollen, die an die Zeiten des „herrlichen Stahlbades“ erinnern. Nahrung erhalten diese Gerüchte wohl dadurch, daß man beobachtet haben will, wie bei nachtschlafender Zeit Material an- und abgefahren worden sein soll. Auch heißt es, daß bei einem früheren Brande die Feuerwehr am Betreten der Brandstelle gehindert wurde, indem ihr das Fabriktor vor der Nase zugeworfen wurde. Es ist zu fordern, daß seitens der zuständigen Stellen der Öffentlichkeit Klarheit verschafft wird.

Achtung, Distriktsführer! Es wird ersucht, sofort die Adressen der Verwundeten in unserem Büro abzugeben. Wir bitten, in Zukunft dies immer unverzüglich zu tun, damit wir uns um diese kümmern können.  
Sos. Arbeiterhilfe, Gartenstr. 21

Aus bürotechnischen Gründen wird die Erziehung und Jugendberatung nicht, wie beschlossen war, nach der Gartenstraße verlegt, sondern bleibt in der Sonnenstraße wie bisher.  
Rohdeutscher

### Indiens Kampf um Freiheit

Am Sonntag, 22. Januar, 18 Uhr, veranstaltet die monatliche Jugend im Saale Grünstr. 14/16 einen Lichtbildvortrag. Gen. Böer referiert über obiges Thema. Es ist dies der Kampf der Gandhi-Bewegung um die Freiheit in allen Phasen bis zur heutigen Zeit. Besucht diesen äußerst interessanten Vortrag. Der Vortrag wird umrahmt von der Agitproptruppe „Die roten Sirenen“. Unkostenbeitrag 10 Pfg.

Freidenkerjugend, Gruppe Ost: Heute im Heim, Tauentzienstr. 84, um 20 Uhr haben wir einige interessante Buchbesprechungen. Außerdem findet eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Erscheln jedes Mitglieds ist Pflicht. Gäste willkommen.

Gruppe Nord: Heute ab 19 Uhr Spiele, 20 Uhr im Heim, Michaelstr. 36, spricht Gen. Georg Kalinke über „Lenin, Liebknecht, Luxemburg“. — Gäste willkommen.

Gruppe West: Heute ab 19 Uhr Spiele. — 20 Uhr zeigen wir den Film: „Das Glatzer- und Riesengebirge im Winter“. — Heim Friedrich-Wilhelms-Straße 45. Gäste willkommen.

## Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Sportkartell.

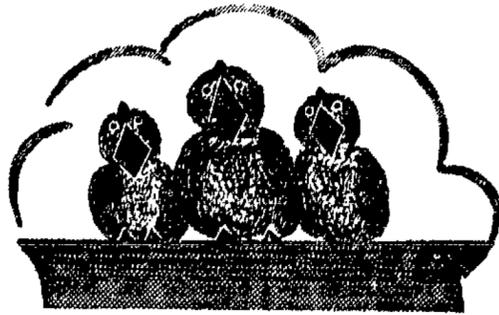
Sportlerjugend! Am Sonnabend, 21. Januar 1933, 20 Uhr Kartelljugendversammlung im Jugendheim Friedrich-Wilhelms-Str. Jugendfunktionäre bereits 19 Uhr.

Freie Rudervereinigung Breslau e. V. Freitag, den 20. Januar, 20 Uhr findet im Bootshaus unsere Jahres-Hauptversammlung statt.

Freie Rudervereinigung Breslau e. V.: Jugendabteilung. Wir gehen am Donnerstag, den 19. Januar, auf die Kartellbahn. Treffen um 18 Uhr auf der Eisbahn. — Am Montag, den 23. Januar, sehen wir ins Lobtheater. Karten werden am Dienstag, den 17. Januar, in der Turnhalle ausgegeben.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Gröbenstr. 7.  
Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen, Telefon 206 02.  
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Kontonr. 102 92.  
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 2.10 und RM 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2.10 zuzüglich RM 1.30 Porto monatlich.  
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.  
Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen, Telefon 206 02.

## Die Spatzen pfeifen längst vom Dache Branntwein- u. Getreidekornmarken nur von Fache



### Branntwein-Marken:

- Feiner Breslauer vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.40
- Feiner alter Breslauer der altertümliche Breslauer mit Getreidekorn 25% Ltr.-Fl. 1.50
- Fache Edelmarke mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 25% Ltr.-Fl. 1.70
- Fache Krem die führende Qualität, altmarke, römisch, gehaltvoll durch Weizenkorn 32% Ltr.-Fl. 1.90
- Fache Exquisit pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 30% Ltr.-Fl. 2.30

### Getreidekorn - Marken:

- Fache Weizenkorn der berühmte Breslauer Korn, in der Vollendung 32% Ltr.-Fl. 2.05
- Fache Roggenkorn sehr fein aromatisch, die Elitequalität 32% Ltr.-Fl. 2.20
- Fache Getreidekorn unsere Standardmarke, etwas ganz Aussergewöhnliches 37% Ltr.-Fl. 2.60
- Jagdkorn (Doppelkorn), vollaromatisch, römisch, ebenbürtig den führenden Marken des Kontinents 42%, 0.8 Liter in Original-Steinkrügen 2.50

Achtung! Fache-Weizenkorn nochmals billiger geworden



## ORGANISATIONSNACHRICHTEN

Bezirk Mittelschlesien  
Sekretariat: Breslau, Gartenstraße 21. III.  
Telephon 567 68

Abteilungsleitersitzung Donnerstag, den 19. 1., 18.30 Uhr.

Bezirksvorstandssitzung Donnerstag, den 19. 1., 20 Uhr.

Stadteil Südw. Donnerstag, den 19. Januar, um 18 Uhr, bei Nickel, Opitzstr. 84. Arbeitsgemeinschaft mit Irgard Rasch. Tagesordnung: Aktionsprogramm. Interessierte Genossen sind eingeladen.  
Stadtteilleitung

Distrikt 2/36: Freitag, den 20. 1., um 20 Uhr bei Ullrich, Viktoriast. 42-44, wichtige Funktionärsitzung. Kein Funktionär darf unentschuldig fehlen.

Distrikt 45: Distriktsversammlung bei Krause, Carlowitzstr., am Sonnabend, den 21. 1.

Distrikt 47, Marias-Hilfchen: Distriktsversammlung.

### STADTTHEATER

Mittwoch, 20-22.30  
Abonn.-Vorst. P 9

Friedemann Bach

Donnerstag, 19.30—gegen 23

Tango um Mitternacht

Freitag 20—gegen 22.30

Cavalleria rusticana

Der Bajazzo

Werbt

Abonnenten!

### LOBETHEATER

Freitag 20.15—22.15

Kind im Schatten

Sonnabend, 20.15

Zu wahr, um schön zu sein

Komödie v. Bernard Shaw

GERHART-HAUPTMANN

THEATER

Täglich 20.15—22.10

Auslandreise

Sonnabend, 20.15

Neuzinszenierung:

Schneider Wibbel

Komödie v. H. Müller-Schlösser

Am 14. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet an Herzschlag mein treusorgender und unvergeßlicher Mann, der Isolierer

## Karl Wolff

im 47. Lebensjahre.

Breslau, den 18. Januar 1933.

Feldstr. 42.

In tiefer Trauer

Selma Wolff geb. Deum

nebst Anverwandten

Einäscherung, Freitag, den 20. d. Mts., nachm. 5 Uhr, im Krematorium, Gräbschen.

Plötzlich und unerwartet starb unser Genosse

## Karl Wolff

Feldstraße 42

im Alter von 46 Jahren.

Wir verlieren in ihm einen treuen Mitkämpfer für die Sache des Proletariats.

Breslau, den 17. Januar 1933.

Sozialistischer Arbeiter-Partei  
Ortsgruppe Breslau / Distrikt 23.

Einäscherung: Freitag, 17 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

## Tragt unser Parteiabzeichen!

Große und kleine  
Parteiabzeichen  
sind wieder vorrätig

Vertreibt das Parteiabzeichen!

Bestellungen sofort bei:

Partei-Vorstand der SAP

Berlin O 27 • Magazinstr. 15/16

## die letzten exemplare

M. N. Roy, revolution und konterrevolution in china, 480 seiten stark, geheftet mit schutzeinband, ausnahmspreis 2.- mk.

s. a. z.-buchvertrieb  
breslau 5, gartenstraße 21

Ein plötzlicher Tod entriß uns unseren Genossen und Kolporteur

## Karl Wolff

Feldstraße 42

Als pflichtbewußter Funktionär arbeitete er unermüdlich mit am Aufbau und der Verbreitung unserer Zeitung.

Breslau, den 17. Januar 1933

Die Geschäftsleitung und  
Expedition der SAZ.

Einäscherung: Freitag, 17 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

# Ein Proletenleben

Erzählung von Jean Tousseuil

3) Das war ein wundervoller, ein unvergesslicher Frühling, der das Bergland verzauberte und dessen erhabenes und lächelndes Gesicht man in den Wäldern der Umgebung sehen konnte.

So zog denn eines Sonntags der Onkel mit Johannes aus in den Michaelis-Grund. In seiner großen, schwieligen Hand hielt der Mann das Händchen des Kindes, das ernst und artig geworden war, und dort im Walde setzten sie sich im Heidekraut nieder.

Es war sehr milde, Glöckchenklang verlor sich in den Bäumen, die Sonne war nicht mehr zu sehen. Nebel hüllte die Landschaft ein. Der Wind bewegte das Haar der Bienen, und die Buchen, die von zwei Wochen noch so verdächtig ausgesehen hatten, waren ganz grün geworden. Grüne Tannen mit kupferroten Stämmen hatten gelbe Keizen aufgesteckt wie Weihnachtsbäume! Sie dufteten nach Harz und kalifornischen Schiffern. Aus den Saftknospen quoll das Harz. Totes Laub leuchtete wie Phosphor, und aus den Weidenlätzchen tropfte Honig. Die weichen Birkenstämme sahen wie eine Feenlandschaft aus in den Schneisen raschelte das rote Eichenlaub. Eine Amsel flötete, es klang wie ein Junge, das auf dem Heimwege von der Schule vergnügt mit gespitzten Lippen pfeift.

Im Wald war große Versammlung von Vögeln und Insekten. Grün war die Lieblingsfarbe, zartes Grün, dunkles Grün. Jüngelicheber, Heckenrosen, Weiden, Birken, Buchen; das glänzende Grün der Stacheln, das stimmungsvolle Grün der Eschen, und über all dieser Auferstehung machten die Eichen große dunkle Gebilden. Und längs der weichen Mooswege gab es Blumen. Der Onkel saß auf einem frischen Baumstumpf, den das Beil des Holzfällers verschont hatte, und schnitzte einen Stecken aus Rosenholz. Er blickte auf das Kind und erschrak über dessen verändertes Gesicht. Ihre Blicke begegneten sich und Johannes sagte: „Danke, Monque.“

Der Mann begriff nicht gleich. „Danke, Monque.“ Er besah den Stecken und dachte ihn dem Kind zu geben. Johannes breitete die Arme aus, als wollte er den Wald gegen sein Herz drücken.

„O wie schön, Monque, danke.“ Er schluckte an etwas, er weinte, er lachte. „Ach, wie schön, Monque.“

Der Mann nahm das Kind in seine Arme, und so gingen sie durch die Fluren heimwärts. Jacob Chramboix war darauf gekommen, daß der Junge nicht so wie andere Kinder war und das lag ihm zentnerschwer auf dem Herzen, und während des Weges wackelte er mit dem Kopfe. Er wollte Marie nichts davon sagen, um sie nicht noch trauriger zu machen.

Das Kind verehrte den Mann wegen dieser Spaziergänge zu zweien. Er war den ganzen lieben Abend lang unzutreffend von ihm, bis zu dem Augenblick, da der Schlaf seine kleinen Augen schloß.

Nach mühevollen Nachdenken war sich Johannes bewußt geworden, daß der Onkel nur Sonntags da war, und er fragte ihn: „Wo spielst du denn den ganzen Tag, Monque?“

Jacob hatte lachend geantwortet: „Ich spiele nicht, du kleine Kröte, ich arbeite, ich breche rote Steine in einem großen Loch.“

„Armer Monque“, dachte Johannes, denn das Loch Furcht einjagte. Und nun wird eines Nachmittags das Dorf lebendig. Zwei Frauen kommen vorüber. Die

eine läßt ihre Holzposttelle auf der Straße klappern, die andere läuft mit den Pantoffeln in der Hand.

Und Marie gibt Johannes einen Kuß und vertritt ihm den alten Katharin an. Die gibt dem Kleinen, um ihn zu zerstreuen, die Kaffee-mühle mit dem leuchtenden Messingkragen zum Spielen.

„Ich komme gleich wieder“, hatte die Mutter gesagt.

In den Höfen und auf dem Feld sieht man Schatten mit aufgeregten Gebärden, Wänteln flattern über die Gärtenhecken.

„Wassereimbruch im Eisenwerk.“  
„Vierzig Ertrunkene.“  
„Jacob soll dein geblieben sein.“  
„Arme Marie, was wird sie jetzt anfangen?“

„Ja, so geht's bei uns; wenn man sie wenigstens noch herausläßt.“

Die Schwalben flattern am Boden. Von der Kirche tönen langsame schwere Glockenschläge.

Die Leute gehen die Straße entlang, und ein Hundekartou kommt von der Höhe des Petit-Warot herunter. Man hört noch immer Worte über die Flecken hinweg.

„Die Pferde sind hin.“  
„Arme Viecher.“  
„Keine lebende Seele in Landenne.“

## Ein Opfer der deutschen Gefängnis-Wilkür

Zur Erinnerung an August Hagemeister

In der Frühe des 16. Januar 1923 wurden zwei Haftgefangene Luttner und ich zum Vorstand der Festungsanstalt Niederschönenfeld beschieden, und man eröffnete uns als den nächsten persönlichen Freunden, daß

der Landtagsabgeordnete August Hagemeister in den ersten Morgenstunden völlig überraschend „sanft“ erschossen sei.

In Wahrheit konnte niemand wissen, ob Hagemeister einen sanften Tod geholt hatte; denn er starb in einer Isolierzelle, allein und verlassen, ohne Beistand, und wurde erst Stunden später tot aufgefunden.

Nach den Vorschriften soll jede Gefängnisanstalt eine Krankenabteilung haben. Die „Festung“ Niederschönenfeld hatte keine. Als August Hagemeister zehn Tage vor seinem Ende von schweren Herztacken befallen wurde, die von uns Freunden sofort als unmittelbar lebensgefährlich erkannt wurden, verlangten wir wie auch er selbst seine Ueberführung in ein Krankenhaus. Der Arzt, ein Dr. Steindl, fand das nicht nötig, ordnete aber die Entfernung des Patienten aus unserer Gemeinschaft und seine

Isolierung in einer Disziplinarzelle an. Es gab große Aufregung; denn diese Anordnung bedeutete nichts anderes als eine schwere Bestrafung des Patienten. Die pflegliche Betreuung durch Freunde hörte auf, der Todkranke wurde, statt sanfter, disziplinarischer Behandlung unterworfen.

Er starb nach entsetzlichen Tagen der Qual.

„Fast alle Männer sind da unten.“ Ein Schluchzen läuft über die Straße. „Das ist Pausine, ihr Mann ist auch unten.“ Die Totenglocke klagt noch immer auf dem Hügel.

Beim Essen trieb das gute Herz den kleinen Johannes, seine Mutter zu fragen, die keinen Hunger hatte:

„Kannst du nicht mehr allein essen, Mutter?“ Und dann: „Morgen bleibt Monque bei mir, morgen ist Sonntag.“

Da lächelte die Mutter Johannes und drückte ihn gegen sich und erstickte ihr Schluchzen in dem kleinen grünen Kleid des Jungen, das vom Waschen schon ausgebleichen war.

„Mein armes, kleines Kind!“

Drei Tage später begriff das Kind endlich, daß Monque nicht mehr wiederkommen würde. Er weinte nicht, das Unglück war zu verschwommen und gleichzeitig zu groß. Johannes kam es vor, als ob er tief unten in einem Brunnen säße, aus dem er nie mehr heraus könnte. Der Grund des Brunnens ist voll von Bildern und voll von Tönen. Und Johannes sah zuerst Monques Antlitz, seine guten Augen, den Bart auf seinen Wangen, seine roten Nägel; er hörte seinen trockenen Husten, und er sah ihn mit seinem schwerhälligen Gang marschieren. Bei seinen Lebzeiten hatte er ihn nie so genau betrachtet.

nicht fand. Jaki der Tod eines Parlamentariergliedes eine Untersuchung des Parlaments wert sei, ob hier schwere Amtspflichtverletzung tödlich gewirkt habe.

hier Held und ist jetzt bayerischer Ministerpräsident!

Später hat Albert Winter zwei Monate Genugtuung bekommen für die Behauptung, Hagemeisters Tod sei durch schuldhaften Verhalten der mit seiner Pflege betrauten Behörden verursacht gewesen. Das Urteil stützte sich auf die Einstellung des von Toller beantragten Verfahrens. Der Prozeß der Witwe gegen den Bischof auf Entschädigung verlief negativ. Die Abweisung der Ansprüche stützte sich wesentlich auf den Prozeß Winter.

Hagemeister ist zehn Jahre tot. Zehn Jahre sollte er auf Festung sitzen, weil er, dem die Räterepublik das Amt eines Volksbeauftragten für soziale Fürsorge übertragen wollte, in Würzburg für die Räterepublik geworben hatte. Dort wurde er verhaftet. So kam er nicht dazu, seine Tätigkeit als Volksbeauftragter überhaupt zu beginnen, so wenig er später dazu kam, sein Mandat als Landtagsabgeordneter auszuüben; seine Immunität wurde aufgehoben.

Seine Verurteilung verwandelte sich in Todesstrafe.

Er war ein aufrichtiger, tapferer, kluger Mann, wahrhaft ergeben dem Sozialismus und der proletarischen Sache. Es heißt nicht die Zeit verträdeln, sondern eine Pflicht erfüllen, wenn wir des Lebens und des Todes August Hagemeisters in Treue gedenken. Erich Mühsam.

## Grippe auch in Amerika

In zahlreichen Gegenden der Vereinigten Staaten ist infolge der außerordentlich starken Temperaturschwankungen eine schwere Grippeepidemie ausgebrochen. In der Stadt Waterville (Maine) mußten alle Schulen ohne Ausnahme geschlossen werden, weil Tausende von Kindern von der Krankheit befallen wurden.

Die Grippe hat auch die Besatzung des Ozeandampfers „Albatros“ mitten auf dem Ozean erfaßt. Bei der Ankunft des Dampfers in Halifax wurde festgestellt, daß ein Offizier tot und zahlreiche Matrosen erkrankt waren. Auch der Schiffsarzt litt an Grippe.

Toulon, 18. Januar. An Bord der in Toulon vor Anker liegenden Kriegsschiffe und in den Kasernen der Stadt hat die Grippe stark um sich gegriffen. Bisher befinden sich 640 Matrosen in den Militärkzaren.

## Zugzusammenstoß in Spanien

Zwei Tote

Madrid, 17. Januar. Der Schnellzug Madrid-Barcelona stieß am Dienstag bei Cetina (Provinz Saragossa) mit einem Personenzug zusammen. Ein Eisenbahnbeamter und ein Reisender wurden getötet, 17 Reisende verletzt.

## Acht Italiener in den Alpen vermißt

Locarno, 17. Januar. Acht Personen aus der italienischen Gemeinde Crosso, die vor einigen Tagen nach der Schweiz aufgebrochen waren, sind seitdem verschwunden. Da man um ihr Schicksal besorgt ist, wurden jetzt Rettungskolonnen nach der Alp Taveriole entsandt, deren Nachforschungsarbeiten sich aber wegen des starken Schneefalls sehr schwierig gestalten.



GLADKOW  
Neue Erde  
Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten.  
Copyright 1932 by  
Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Die Tschuschkin schlug sich wütend auf die Hüften und brummte finster etwas vor sich hin. Die Frauen und Mädchen, aufgereizt, vor Neugierde erregt, erstarren in Erwartung eines Skandals. Einige liefen über das Feld, den Traktoren nach, der Frauenbande entgegen. Einer aus der Bauernmasse spuckte mit faulem Gleichmut Worte über die Pfeife hinweg, und es kam mir für einen Augenblick vor, daß diese Worte mit Nikotin durchtränkt seien und nach Tabak stanken.

„Ja, Brüder, Genossen, mit den Weibern ist nicht zu spaßen, die Weiber (er fluchte einen schrecklichen Mutterfluch)... Das tut nichts, daß es Weiber sind, sie sind ärger als Tiere, das war im Kaukasus, da gab's ein Frauenelbstgericht, von diesem Tag an... fürchte ich die Weiber, bei Gott, ich gesteh's, das Gedärm rissen sie sich aus dem Bauch, vor mir, vor meinen Augen, schlitzten den Bauch auf und rissen es heraus, zogen es aus dem Bauch wie Fetzen. Und trk-trk-trk schmissen es in den Staub. Und dann... hexenartig mit ihren eigenen Zähnen... nagten sie...“

„Schau nur, schau, hahahaha...“ wickelte neben mir ein junger Bursche und verschluckte sich vor Begeisterung. „Schau mal, schau, hahahaha... wie sie dort purzeln... Schau, wie sie die Beine heben, hahahaha!“

Aber die trägen, mit Tabakqualm durchtränkten Worte des Bauern und die Schreie der Frauen und des Burschen kamen mir nicht zum Bewußtsein (ich erinnerte mich erst viel später an sie). In meiner Seele war Revolte. Fast instinktiv wollte in mir ein Verlangen auf, mich dorthin zu stürzen, zu diesen Weibern, ihnen den Weg abzuschneiden, die Arme vor ihnen zu erheben und ihnen lodrende Worte entgegenzuschreien, die sie überraschen, erschüttern, betäuben würden, daß sie, diese Horde blinder Frauen, voller Entsetzen zurückprallen, sich zerstreuen...“

„Tschuschkin, warum stehst du hier?... Schischkowl Mädels!“

In meinen Ohren piff der Wind, und die Hügel loderten in Sonnenflammen auf. Und alle diese Weiber vor uns, vor den Traktoren, mit den erhobenen Armen, in ihrem unruhigen Getümmel, erschienen mir unheilverkündend, wie Hexen beim Hexensabbath.

„Bestien... Wilde Luder!“, schrie es keuchend in mir und ich schlug mit den Fäusten in die Luft. „Sie wagen es, wohin ist, zum Teufel noch einmal, Wjetrow verschwunden?“

Die Traktoren blieben stehen und schnarchten unzufrieden und erstaut auf.

Die Weiber tobten, fuchtelten mit den Armen, gebärdeten sich wie Irrsinnige, fielen auf die Erde, die Gesichter verzerrt vor Wut und fanatischer Begeisterung, und brüllten heiser, ohrenzerreißend:

„Das ist unsere Erde! Unserer! Zurück in eure Kommune. Wir lassen euch keinen Schritt mehr weiter. Wir sterben, aber wir lassen euch nicht weiter! Wir sterben!“

Die Traktoristen saßen verwirrt vor ihren Steuerrädern und sahen sich hilflos und verlegen um. Glascha sprang von ihrem Sitz und schritt mit ihrem vom Staub schwarzen Gesicht, weißen Zähnen und sehr klaren Augen hinter roten Lidern, als erste voran. Sie schien mich nicht zu bemerken und schrie die Frauen an:

„Was soll das hier? Was tanzt ihr hier herum, ihr Bande? Marsch, macht, daß ihr fortkommt!“

Sie sah die auf der Erde liegenden Frauen an, zeigte mit den schnutzigen Fingern auf sie und wickerte laut wie ein Mann:

„Hu, das ist ein schönes Bild! Wenn ihr euch wenigstens zudecken würdet. Macht aus euren Hintern einen Zaun. Kein Traktor wird mit euren nackten Kanonen fertig werden... He, Anissal! Gib doch ein Beispiel. Auch hier ist's ohne dich nicht gegangen... du Schlange!“

Ich trat zu den liegenden Frauen und redete in sie hinein, aufzustehen und den Traktoren den Weg frei zu machen. Sie seien eben dumme Frauen, die, ohne es zu wissen, vom eigenen Feind am Zaun geführt werden. Hier hätten sie Anissal Matwejewna, die aus der Kommune verjagt wurde, hier die Alte, die sich den Schuften verkaufte. Ich zeigte nicht mit harten Worten, die ihr Verhalten werteten. Mit Entsetzen fühlte ich, daß meine Worte leer und lächerlich waren. Eine der jungen Frauen, die vor meinen Füßen lag, sah mich durchdringend mit ihren dunklen Augen an und spuckte mein Kleid an.

„Fort von hier, du Kurzhaarige! Hier ist kein Platz für dich, du Herumtreiberin! Wetz nur noch ein wenig dein Zünglein, dann können wir dir deine Locken grad... Heiß dir deine Beine zu wenig entblößt, wir lassen dir den letzten Fetzen vom Leib...“

Einige der Weiber lachten laut, andere schwiegen finster. Die Alte bohrte sich mit dem Turban in die Erde, steckte den Hintern heraus und zuckte ängstlich mit dem Kopf: mit schlauser Vorsicht beobachtete sie die Räder.

Anissal Matwejewna saß hinter allen und sah mich frech und rachedurstig an. Ihre singende Basstimm klang über die Weiber hinweg:

„Kennst ihr dieses Dreckfrauenzimmer nicht? Das ist ein Kommunehütlein. Sie ist es, die mir meinen Mann abspenstig gemacht hat. So ein Luder, daß auch der Gaigen zu wenig für sie ist. Sie müßte man hierher legen. Ihr müßte man ihr stilles Plätzchen mit Teer einschmieren... und anzünden.“

Die Weiber lachten wieder laut. Einige von ihnen krümmten sich vor Entzücken auf der Erde. Ein kräftiges, dickes Mädchen blickte mich und Glascha sehr ernst und streng an, hob dann ihren Rock bis zum Bauch hoch und klopfte sich prahlerisch auf ihre mächtige, fette Hüfte.

„Glascha, blick auf meine Schönheit. Wie können eure Traktoren damit fertig werden? Eure ganze Kommune halt ich aus! Mädels, habt ihr euch da zusammengesucht, daß es einem übel wird, wenn man sie nur anschaut. Was hat denn schon euer städtisches Gewürm für einen Wert?“

Die Weiber kreischten und krümmten sich vor Lachen. Die jungen Traktoristen sahen einander verlegen und unwillig an. Glascha lachte angeekelt und spuckte sich unter die Füße.

„Blöde Gans! Was das schon für ein Wunderding ist! Diesen Fettklumpen braucht man nicht einmal geschenkt.“

Ein junger Bursch trat böse und ernst zum Mädels und schlug mit voller Wucht auf ihr weißes Fleisch. Das Mädels quietschte auf und ließ sofort den Rock sinken.

Ich wußte nicht, was anzufangen; in meinem Kopf war Wirrwarr, in der Seele Verwirrenheit. Ich hätte am liebsten vor Verzweiflung laut aufgeschrien und geweint. Ich fühlte mich wertlos, dumm, nackt, wie ein Küchlein. Glascha spuckte wieder aus, ging zurück und setzte sich in den Traktor.

Bauern traten heran und blickten mit angewidertem, höhnischer Neugier auf die Weiberherde. Auch die alte Frau in den Bast-schuhen kam angeschlichen. Sie bekreuzigte sich unaufhörlich, brummte irgendeinen Altweiberunsinn unter der Nase und stieß mit der Krücke in die Erde, als wolle sie untersuchen, ob diese „Teufel“ das Antlitz der Erde, die sie ihr ganzes Leben lang kannte, nicht verändert hätten. Sie suchte sich einen Platz neben der Alten und setzte sich beruhigt und hoffnungsvoll nieder. Tschuschkin stand schweigend und teilnahmslos da, aber auf ihrem Gesicht konnte man lesen, daß auch sie litt und vor Hilflosigkeit erstarrt war. Wjetrow war nicht zu sehen. Wohin war er verschwunden? (Fortsetzung folgt.)

# Rationalisierung in der Praxis

## Auswirkungen des Minutensystems in der Kinderwagen-Industrie

Es ist schon sehr viel über Rationalisierung geschrieben worden, und doch wird sich in den meisten Fällen ein der Sache Fernstehender sehr schwer in die geschilderten Dinge hineinversetzen können, wenn nicht an Hand von Beispielen gleichzeitig gezeigt wird, wie die Rationalisierung in der Praxis aussieht. Das soll in Nachstehendem an einem konkreten Beispiel gezeigt werden.

Wie in allen Industriezweigen, so hat auch in der Kinderwagen-Industrie die Rationalisierung ihren Einzug gehalten und setzt unauflöslieh ihren Siegeszug fort. Ihren Siegeszug insofern, indem das Unternehmertum versucht, durch Einführung von Spezialmaschinen, Teilung der Arbeitsweise usw., die Fabrikation zu verbilligen. Wenn nun die verbilligte Herstellung dieser Artikel der Allgemeinheit zugute käme, so würde kein vernünftig denkender Mensch etwas dagegen einzuwenden haben. Solange aber feststeht, daß das Unternehmertum die Rationalisierung einzig und allein nur dazu benutzt, seine Profiteure zu befriedigen, solange hat die Arbeiterschaft alle Ursache, das Bestreben dieser Herrschaften nicht zu unterstützen.

Auch die Führung der freien Gewerkschaften war und ist noch heute eifriger Befürworter dieser Rationalisierung, obwohl es jedem denkenden Menschen klar sein sollte, daß in einer privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung die Rationalisierung immer zum Schaden der Arbeiterschaft ausschlagen werde.

Die Arbeiterschaft hat allen Grund, jede Neuerung, an der das Unternehmertum Interesse hat, von vornherein mit dem größten Mißtrauen zu betrachten. Ist es nicht ein wirtschaftlicher Unsinn, die Produktion immer erneut zu steigern, ohne die Voraussetzungen für Absatz zu schaffen. Wie es das Unternehmertum verstanden hat, die Arbeiterschaft richtig einzusetzen, das hat die Einführung des Minutensystems gezeigt. Das Minutensystem ist auch ein Stück Rationalisierung, nur das Wort Betrugs-System wäre hier am Platze. Im Interesse des Minutensystems lag es, alle Arbeitsplätze, die früher ältere Arbeiter inne hatten, entweder durch jüngere Arbeitskräfte oder durch Arbeiterinnen zu besetzen. Hier ließ der Unternehmer seine Maske fallen und zeigte sein wahres Gesicht. Alte, verdienstvolle Arbeiter, die mit ihrer Arbeitskraft das Unternehmen hoch gebracht hatten, wurden entlassen und mühen jüngeren, billigeren, vielfach weiblichen Arbeitskräften weichen. Ob Stahlhelmer oder Hakenkreuzler, das Profitinteresse des Unternehmers kannte dabei keinen Unterschied. Hier ist manchem dieser treuen Seelen (die glaubten, einmal die Türklücke mitzubekommen), das soziale Denken seines „Arbeitgebers“ unter die Nase gerieben worden. So ist heute zu verzeichnen, daß in fast allen Kinderwagen-Betrieben die Kundenwagen, die früher von Männern ausgefertigt wurden, nur noch von Frauen und Mädchen ausgefertigt werden. Ja, man ist sogar so weit schon gegangen, Verdecke von Frauen herstellen zu lassen, was früher nur in der Kriegszeit gemacht wurde, wo es an männlichen Arbeitskräften mangelte. Daß diese Arbeit für eine Frau vollkommen ungeeignet, ja für ihre Gesundheit schädlich ist, was interessiert das den Unternehmer.

Ist die eine gesundheitlich ruiniert, nun so muß sie eben einer anderen Platz machen, seine kapitalistische Einstellung kann keine Rücksicht darauf nehmen. Hier kann die vom Unternehmertum so viel bekämpfte Sozialversicherung eingreifen. Um aber nun zu zeigen, wie sich diese Umboisierung der Arbeitsplätze finanziell für den Unternehmer auswirkt, seien folgende Beispiele angeführt:

100 Verdecke kosten heute	15,80 RM
100 Verdecke kosteten früher	46,54 "
100 Wagen ausschlagen kosteten früher	43,29 RM
100 Wagen ausschlagen kosten heute	18,64 "

Diese angeführten Beispiele könnten beliebig erweitert werden.

Vor allen Dingen wäre noch viel über die Einführung von Spezialmaschinen zu sagen. Wo früher an einer besonderen Arbeit 5-6 junge Mädchen ihre Beschäftigung fanden, da steht heute eine Frau an der Klebmaschine. Wo man früher für ein Verdeck zu füttern 60 Minuten zahlte, da gibt es heute nur noch 30 Minuten. Die Spezial-Reihmaschinen haben auch das zuwege gebracht. Wo der Unternehmer keine triftigen Gründe hatte, abzu-

ziehen, da zog er eben (wenn es sich die Arbeiterschaft gefallen ließ), ohne Grund ab. Auf Grund der immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse, ließ sich so mancher Arbeiter etwas gefallen, was er sich unter normalen Verhältnissen ganz entschieden verboten hätte. Wenn man sich überlegt, daß dieses System von den Gewerkschaften nicht mit aller Kraft bekämpft worden ist, so kommt man unwillkürlich zu der Auffassung, daß die verantwortlichen Gewerkschaftskreise doch von allen guten Geistern verlassen sein müssen. Einige „geistig besonders hochstehende Gewerkschaftsangehörige (nach ihrer eigenen Ansicht — man kann darüber auch anderer Meinung sein) vertreten die Auffassung, daß das Minutensystem ganz gut sei,

nur müsse dafür gesorgt werden, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt werde. Als wenn es da noch einen Unternehmer gäbe, der Interesse am Minutensystem hätte. Aber darauf kommt es ihnen ja auch nicht an, die Hauptsache ist durch allerlei Täuschungsmanöver die Arbeiter bei der Stange zu halten. Auch wir wissen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat der deutschen Arbeiterschaft ist, und wir haben Interesse daran, daß jeder Arbeiter freigewerkschaftlich organisiert ist. Aber darüber hinaus verlangen wir energischen Kampf gegen das Unternehmertum, auch nicht die kleinste Konzession dem Todfeind der Arbeiterklasse. Willy Lindner, Zeitz.

## Bauarbeiterstreik erfolgreich beendet!

In der am Montag, den 16. Januar, stattgefundenen Generalversammlung der Fachgruppe der Maurer im deutschen Bauergewerksbund in Breslau gab der angestellte Vorsitzende und Fachgruppenleiter Meise die Tatsache der erfolgreichen Beendigung des den Breslauer Bauarbeitern aufgezwungenen Lohnkampfes bekannt.

Die Arbeit wird bei den bestreikten Firmen wieder aufgenommen und es wird wieder der vor dem Streik übliche Maurerlohn von 0,92 Mk. pro Stunde — statt 0,82, wie die Unternehmer forderten — gezahlt. (Vor nicht allzu langer Zeit betrug der Maurerlohn noch 1,27 Mk.)

Der von den streikenden Bauarbeitern erfolgreich geführte Lohnkampf beweist wieder einmal die Richtigkeit unserer Auffassung, nach der selbst unter für die Arbeiterschaft ungünstigen Verhältnissen die Waffe des Streiks mit Erfolg angewandt werden kann. Mitten im Winter, bei ungünstigster Konjunktur und einer Riesenzahl von Arbeitslosen wurde in die Abwehraktion gegen irrsinnige Lohnabbaupläne der Unternehmer eingetreten. Sämtliche am Ort im Baugewerbe vorhandenen Organisationen beteiligten sich am Streik; Schuster an Schuster standen wochenlang die Mitglieder des Bauergewerksbundes neben Christlichen, Syndikalistischen und RGO-Leuten im Kampf. Eine Ausnahme bildeten auch diesmal wieder die Kapitalsknechte vom Stahlhelm und der Nazi-Partei. So wurden unter anderem Stahlhelmer während des Streiks zu Bauarbeiten zum Maurermeister Obuch, Neudorfstr. 111, durch die Stahlhelm-„Gewerkschaft“ Selbsthilfe vermittelt.

Die sonstigen Ausführungen Meises zum Fachgruppen-Geschäftsbericht waren im allgemeinen, wenn man von einigen Bemerkungen über „die durch die Organisation bestraften Sapler“ absieht, belanglos.

In der Diskussion sprach zuerst Koll. Ambrosius (partellos), der unter Bezugnahme auf den Jahresbericht immerhin bemerkenswerte Ausführungen über das Verhalten der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Gewerkschaften im besonderen in der Krise machte. Sein Hinweis auf Sowjetrußland brachte den 2. Schriftführer der Fachgruppe, den Reichsbannermann Biskup in Harnisch. Biskup, der durch seine Spitzelarbeit im Auftrage Meises den Ausschluß einer ganzen Anzahl unserer Genossen auf dem Gewissen hat und der zum Dank für seine Bemühungen dafür auf die Bundeschule geschickt worden ist, bemühte sich, sein ihm auf der Schule eingepauktes Redner-talent zu erproben. Es blieb aber beim Versuch. Die Breslauer Bauarbeiter kennen die Liebedieneri dieses Gesinnungslakeien bei der Ortsverwaltung.

Der 2. Punkt der Tagesordnung brachte einen absolut unpolitischen Lichtbildvortrag über: Eindrücke auf einer Reise durch USA.

Bei der Neuwahl der Fachgruppenleitung fand, obwohl gewiß viele Kollegen allerlei an der Arbeit der ganz reformistischen Fachgruppenleitung auszusetzen haben, keine Diskussion statt. Es wurden auch keine neuen Vorschläge gemacht, sodas Meise erklären konnte, die bisherige Fachgruppenleitung sei wiedergewählt. Das ist ein Beweis, daß es hier für die klassenbewußten Bauarbeiter noch ernste Arbeit zu leisten gibt.

## Gedächtnisschwäche oder Verlogenheit?

Anlässlich einer zentralen Konferenz der KPO veröffentlichte August Thalheimer in „Gegen den Strom“ Betrachtungen, die ganz von der bei der KPO üblich gewordenen Selbstbeweihräucherungen erfüllt sind. Selbstverständlich hat die Entwicklung in allen Teilen auch die Thesen August Thalheimers „voll und ganz“ bestätigt. Wie könnte sich auch die Entwicklung erdreisten, Thalheimersche Thesen zu ignorieren! In der russischen Frage, in bezug auf den gradlinigen Sieg des Faschismus und in bezug auf die SAP tut sie es zwar ganz offenbar, aber auf dem geduldigen Papier und vor den geduldigen KPO-Mitgliedern kann man das taludistisch wegdiskutieren. Wir hätten keine Veranlassung August Thalheimer bei seiner Selbstbefriedigung zu stören, wenn seine falsche Behauptung nicht bereits in unsere Parteidiskussion eingedrungen wäre: Thalheimer behauptet:

„Die Ironie der Geschichte will es, daß nach Jahresfrist die Führer der ehemaligen Minderheit genötigt sind, in der SAP das anzuerkennen, was sie in der KPO ablehnten, und daß der rechte und mittlere Flügel in der SAP sich der Schlagworte gegen die Ex-Minderheit bedienen, die diese gegen die KPO gebraucht haben. Walcher ist heute genötigt, das als „Aktionsdisziplin“ gegen die Siemsen, Seydewitz, Rosenfeld zu vertreten, was er und seine Freunde in der KPO ablehnten und praktisch mißachteten“.

Derselbe Trumpf ist gegen die ehemaligen KPO-Genossen auch in der „Arbeiterpolitik“ ausgespielt worden. Anscheinend hat August Thalheimer nicht nur jede Fähigkeit zur Selbstkritik eingebüßt, er leidet jetzt auch an einer auffallenden Gedächtnisschwäche. Sehen wir zu, was es mit der Behauptung Thalheimers auf sich hat.

In der SAP treten wir im Rahmen unserer Prinzipien für die weitgehendste innerparteiliche Demokratie und dafür ein, daß alle Genossen verpflichtet sind, sich bei ihrer öffentlichen politischen Betätigung in Wort und Schrift nach den geltenden Parteibeschlüssen zu richten. Diese für jeden Revolutionär selbstverständliche Auffassung haben wir auch innerhalb der KPO stets anerkannt und vertreten. Darüber gab es überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten. Diese drehten sich um etwas ganz anderes.

Die Mehrheit der Reichsleitung der KPO hatte auf Verlangen von Thalheimer und Leo gefordert, daß die Minderheit Beschlüsse, die sie für unrichtig erachtet, nicht nur nach außen dem Gegner gegenüber, sondern auch innerhalb der Partei, der Mit-

gliedschaft gegenüber, entgegen ihrer eigenen Überzeugung als richtig vertreten sollen.

Das lehnte die Minderheit ab, ebenso wie wir es auch heute ablehnen. Gen. Walcher hat dazu seinerzeit in einer Mitglieder-versammlung der KPO erklärt:

„Auf Betreiben von Brandler, Thalheimer und Leo hat die Reichskonferenz beschlossen, und „Gegen den Strom“ unterstreicht es „daß unser Standpunkt ein Verlassen der kommunistischen Grundsätze und den grundsätzlichen Bruch mit der KI und der Sowjetunion bedeute.“ Und dann kommt die Mehrheit noch und verlangt, daß wir solche Beschlüsse „nach außen und innen vertreten“. Nun, solche Genossen, die sich hinstellen und gegen ihre Überzeugung erklären, ihre Auffassung sei unkommunistisch, könnt ihr euch malen lassen. Wir werden uns dazu nie und nimmer hergeben.“

Wir kämpfen in der KPO weiter gegen die unerträgliche Einengung der innerparteilichen Demokratie wie sie durch folgenden Beschluß erfolgt ist:

„Diskussionen sind nur mit Zustimmung der jeweiligen zuständigen Körperschaft und nur im Rahmen ihrer Anweisungen zulässig.“

Dagegen wandte die Minderheit in einem Offenen Brief an die Mitglieder der KPO ein:

„Der groteske Gedanke, jeden Genossen, der politische Meinungsverschiedenheit mit seiner Körperschaft hat, die Diskussion in der Mitgliedschaft zu verbieten und ihn die Instanzenleiter hinaufzuschicken, muß zur vollkommenen geistigen Erstarrung der Organisation führen. Eine solche Disziplin steht im schärfsten Widerspruch zu den Anschauungen, die wir in unserem Kampfe gegen das in der KPO herrschende bürokratische Regime vertreten haben.“

Wir haben uns in der KPO auch entschieden gegen jede Art von Scheindiskussionen gewandt, wobei das Resultat am Anfang statt am Ende steht. In der schon erwähnten Mitgliederversammlung hat dazu Gen. Walcher im Namen der Minderheit ausgeführt:

„Nach unserer Meinung muß man diskutieren, um strittige Fragen zu klären. Wir erwarten von einer Diskussion das Auftauchen neuer Argumente und nehmen an, daß durch sie strittige Fragen eine neue Beleuchtung erhalten. Nach unserer Meinung kann man darum erst am Ende einer Diskussion das durch die kollektive Aussprache erzielte Ergebnis feststellen. Beim System Stalin, das in den Genossen Thalheimer neuerdings einen so warmen Befürworter hat, steht, wie gesagt, das Ergebnis fest, ehe die Diskussion anfängt... Ein Schulbeispiel haben wir für die Diskussion

in der SAP-Frage. Thalheimer hat sofort nach Gründung der SAP erklärt, daß sie „endgültige reale Wirkungen zugunsten der Konterrevolution“ habe. Seiner Meinung nach stand von vornherein fest, daß die SAP noch weit katastrophaler auf das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung wirken muß, als seinerzeit die USPD. Thalheimer erklärt es bereits einen Tag nach Gründung der SAP für ausgeschlossen, daß sich in der SAP eine Mehrheit zum Kommunismus entwickeln könne, und er dekretierte, daß jeder, der das bezweifelt, die KPO von dem festen Boden kommunistischer Grundsätze in das sumpfige Gelände des Zentrismus hinabzerren will.“

Es muß bei solchem Sachverhalt jemand schon über ein auffallend schlechtes Gedächtnis oder auch über einen erschreckenden Mangel an Wahrheitsliebe verfügen, um behaupten zu können, die ehemaligen KPO-Mitglieder in der SAP seien heute genötigt, das anzuerkennen, was sie in der KPO abgelehnt und praktisch mißachtet hätten. R. Wolfstein.

## Schwere Unfälle beim FAD

„Zwei Arbeitswillige tödlich verunglückt. Durch eine stürzende Erdwand wurden zwei Arbeitsdienstwillige, die beim Straßenbau im Obmann Balingen beschäftigt waren, verschüttet und getötet.“

„Unfall in Neudorf. Der beim FAD in Hausdorf beschäftigte A. P. aus Schlegel wurde bei der Durchführung von Forstarbeiten von einem fallenden Baum getroffen und schwer verletzt.“

„Auch im Spandauer Arbeitslager ein schwerer Unfall. Zwei mit Erdarbeiten beschäftigte Freiwillige stürzten beim Umkippen einer Lore in eine zwei Meter tiefe Grube und wurden mit schweren inneren Verletzungen nach dem Krankenhaus Spandau gebracht.“

Diese Unfälle sind angeführt aus der letzten Nummer der Zeitschrift „Der Arbeitsdienst“. Sie zeigen, daß man die Jugendlichen nicht nur benutzt, um bezahlte Arbeitskräfte zu sparen, sondern, daß sie auch in ganz unverantwortlicher Weise den größten Unfallgefahren ausgesetzt werden. Denn die Ursachen dieser Unfälle sind im wesentlichen doch, daß hier völlig berufs-fremde Jugendliche zu Arbeiten herangezogen werden, die schon für fachmännische Kräfte mit hohen Unfallgefahren verbunden sind.

Die Unfallgefahr wird noch erheblich gesteigert werden, wenn Antreibermethoden mit Akkordsystem und Stopputz auch im FAD weiter um sich greifen. Daß mit diesen Methoden der rigorosesten Ausbeutung im FAD gearbeitet wird, muß sogar der Leiter des „Sozialen Dienstes“ in der „Arbeit“ zugeben. Nicht „Einflußnahme“ und „Dabeisein“ ist notwendig, sondern Schutz der Jugendarbeiterschaft gegen diese mittelalterliche Form der Ausbeutung. Solange die Gewerkschaften diesen Weg nicht beschreiten, sind sie auch verantwortlich.

## Delitzscher Umschau

Wohlfahrtserwerbslose nehmen zu.

Nach dem Stande vom 6. Januar werden in Delitzsch laufend unterstützt: 1059 männliche Wohlfahrtserwerbslose, 134 weibliche Wohlfahrtserwerbslose, 75 Zusatzempfänger zur Alu und Kru, 158 Fürsorgeempfänger als nicht anerkannte Wohlfahrtserwerbslose, und 112 Armenfürsorgeempfänger. 17 000 RM. sind wöchentlich nötig, um den Aermsten der Armen ihre Unterstützung gewähren zu können. Und daß alles in einer Stadt von rund 16 000 Einwohnern.

Vorwärtsentwicklung der „Freien Schwimmer“ Delitzsch. Die Generalversammlung der Freien Schwimmer Delitzsch war sehr gut besucht. Aus den Berichten der einzelnen Funktionäre war zu entnehmen, daß der Verein trotz Mängel und Schwierigkeiten eine gute Entwicklung zu verzeichnen hat.

Der Funktionärkörper wurde mit wenigen Ausnahmen wiedergewählt. Beachtlich ist die Mitgliederzunahme, konnte doch der Verein seinen Bestand um 75% erhöhen.

## Versammlungskalender

Eibenstock: Jahreshauptversammlung der SAP am Freitag, den 20. 1., 20 Uhr, bei Hilda Unger. Erscheinen aller ist Pflicht.



Jeden Donnerstag

**DIE ENTE**

Preis 10 Pfennig

## DAS TOLLE ENTENBUCH

Herausgegeben von Bernh. Gröttrup u. Hardy Worm

Mitarbeiter:

Roda Roda, Erich Weinert, Peter Scher, Erich Kästner, Paul Nikolaus u. a.

Reich illustriert / Preis RM. 2.-

Verlag der ENTE, Berlin W 30. Haberlandstraße 7

## Achtung!! Achtung!!

Noch immer stehen gewerkschaftliche Fragebogen trotz verschiedener Mahnungen bei einigen Bezirken und zahlreichen Ortsgruppen ganz oder teilweise aus. Eine systematische gewerkschaftliche Arbeit in allen Verbänden und auf den verschiedenen Gebieten ist nicht möglich, solange die dafür erforderlichen Unterlagen fehlen.

Wir appellieren an das parteigenössische Pflichtbewußtsein der säumigen Ortsgruppen und Bezirke und fordern sie auf, die ausgegebenen Fragebogen

schleunigst ausgefüllt zurückzusenden.

Solche Orte, von denen uns bis Ende des Monats die Fragebogen nicht vorliegen, müssen damit rechnen, daß sie öffentlich namhaft gemacht werden.

Der Parteivorstand.  
I. A.: J. Walcher.